

BUCHBESPRECHUNGEN

| | |
|-----------------------------------------------------------------------------------------------------------------|-----|
| Achen, Christopher H. / Bartels, Larry M.: <i>Democracy for Realists</i> (Alexander Leipold) | 355 |
| Bürger, Christiane: <i>Deutsche Kolonialgeschichte(n)</i> (Ulrich van der Heyden)..... | 358 |
| Di Nucci, Loreto: <i>La democrazia distributiva</i> (Christiane Liermann) | 360 |
| Ehrhart, Hans-Georg: <i>Krieg im 21. Jahrhundert</i> (Ralph Rotte) | 362 |
| Grumbach, Salomon: <i>Das annexionistische Deutschland</i> (Wolfgang Schlott)..... | 362 |
| Hahn, Karl: <i>Die Tragödie des Politischen in Europa</i> (Harald Seubert) | 364 |
| Henning, Christoph: <i>Marx und die Folgen</i> (Bruno Heidberger) | 366 |
| Joas, Hans: <i>Die Macht des Heiligen</i> (Hans-Martin Schönherr-Mann) | 369 |
| Krause, Skadi Siiri (Hg.): <i>Erfahrungsräume der Demokratie</i> (Raimund Ottow) | 371 |
| Seibel, Wolfgang / Klamann, Kevin / Treis, Hannah: <i>Verwaltungsdesaster</i> (Michael Fuchs) | 374 |
| Tocci, Nathalie: <i>Framing the EU Global Strategy</i> (Michaela Korsch) | 375 |

Christopher H. ACHEN / Larry M. BARTELS:
Democracy for Realists. Why Elections Do Not Produce Responsive Government, Princeton: Princeton University Press 2017, 480 S., € 15,99

Erfüllen demokratische Wahlen den Anspruch auf Bildung einer responsiven Regierung? Skepsis gegenüber Wahlen gereicht von der Philosophie der Aufklärung bis zur modernen Staats- und Demokratietheorie. Ihren aktuellen Niederschlag findet sie in den Debatten über die Wahl von US-Präsident Trump, dem Brexit-Referendum oder dem Erstarken populistischer Parteien. Schnell sind Medienvertreter und Experten dabei, tiefe politische Krisen auszumachen. Manche Autoren hinterfragen gar den Wert von Demokratie an sich. Die Beiträge wiederholen sich einträchtig. Der Tatbestand permanenter Demokratisierung lässt allerdings Zweifel an der Krisendiagnostik aufkommen. Im Jahr 2016 wurden je nach Datenlage etwa 97 Staaten als demokratisch eingestuft. Nie gab es mehr Demokratien; zumindest dem Wortlaut nach. Zugleich nimmt der Politik- und Parteienverdruss zu. Der Zusammenhang dieser Befunde ist indes alles andere als klar.

Christopher Achen und Larry Bartels geben mit ihrem Buch eine eindeutige Antwort. Die vorherrschenden Auffassungen von Demokratie in Theorie und Praxis basierten auf falschen Prämissen. Unweigerlich gelangte man zu einer Inkongruenz zwischen Ideal und Realität. Die Autoren beziehen ihre Darstellung überwiegend auf das politische System der Vereinigten Staaten. Gleichwohl gehen sie von einer Übertragbarkeit ihres Arguments aus (S. 13), was sie durch Fallbeispiele und korrespondierende Studien dokumentieren. Überhaupt ist die schiere Menge der zusammengetragenen Einsichten empirischer Forschung beachtenswert. Das Literaturverzeichnis umfasst 35 (!) Seiten und mehr als 500 Titel. Ein Sachwortindex von 20 Seiten erschließt den Band und erleichtert die weitere Arbeit. Verweise auf Klassiker der amerikanischen Politikwissenschaft illustrieren den Argumentationsgang und zeigen die Beständigkeit der Problemstellung an.

Beide Autoren haben sich in der Vergangenheit anerkannte Expertise in der Repräsentationsforschung erarbeitet. Unzählige Beiträge in Fachzeitschriften dokumentieren den Aufwand, der im Falle Bartels auch zur Mitwirkung in einer Arbeitsgruppe des Politologenverbandes APSA über Ungleichheit und Demokratie führte. Bartels' Abhandlung *Unequal Democracy* (2008), hat in den USA einen distinkten Literaturzweig und etliche nachfolgende Forschungsprojekte angeregt. Das nun vorliegende *Democracy for Realists* stellt eine Syntheseleistung beider Forscherleben dar. Es wurde zwischenzeitlich mit zwei Auszeichnungen US-amerikanischer Fachvereinigungen bedacht, was den öffentlichen Nachhall unterstreicht.

Achen und Bartels beginnen ihre Beweisführung mit der Gegenüberstellung zweier Demokratiemodelle, die das Denken in Theorie und politischer Praxis weitgehend dominieren würden. Auf der einen Seite sehen sie das Modell einer »folk theory of democracy«, für das sie stellvertretend Robert Dahl anführen. Dieser Konzeption zufolge würden Wählerinnen und Wähler über eindeutig definierte politische Präferenzen verfügen, die sie im Akt der Wahl realisierten. Bei der Auswahl zwischen politischen Alternativen würden die Mandatsträger folglich für diejenige Alternative optieren, die von den Wählern favorisiert sei und dadurch eine adäquate politische Repräsentation garantieren. Tatsächlich sei diese Vorstellung »largely irrelevant in practice, leaving elected officials mostly free to pursue their own notions of the public good or to respond to party and interest group pressures« (S. 14). Für eine effektive Kontrolle der Regierenden müssten die Wählerinnen und Wähler über widerspruchsfreie Präferenzen verfügen. Hierfür benötigten sie wiederum umfassende Information und Sachkompetenz, was eine irrite Vorstellung sei. Zuspitzend formulieren sie, dass sich der überwiegende Teil der Wähler nicht für politische Inhalte interessiere. Durch allerhand Alltagsverpflichtungen seien sie in gänzlich andere Lebenswelten eingebunden, was sie a priori von ihren Beobachtern unterscheide (S. 233). In der Wahlentscheidung seien sie anfällig für idiosynkratische Zufallsereignisse und Naturkatastrophen, Lagerloyalitäten, aber auch Framing-Effekte der Medienberichterstattung und Politikdarstellung. Dahl selbst hatte in sei-

nen späteren Ausführungen zur Demokratietheorie zwar stets deren idealtypischen Charakter betont. Dennoch, so wenden Achen und Bartels kritisch ein, würde in Teilen der Wissenschaft, vor allem jedoch in der öffentlichen Debatte und Politikberatung an dieser Vorstellung festgehalten, was zu problematischen Vorschlägen für den Aufbau demokratischer Institutionen führe: »misleading theories are not neutral, and they are not costless. In current thinking about democracy, bad ideas dominate public discourse« (S. 327).

In empirischer Wahlforschung und Politischer Ökonomie ist dies lange bekannt. Dort wird insbesondere auf den Aspekt nachträglicher Verantwortlichkeit und Zurechenbarkeit als Unterscheidungskriterium abgestellt. Wählerinnen und Wähler müssten hiernach keine umfassende Kenntnis politischer Zusammenhänge aufweisen, sondern anhand einfacher Indikatoren wie der Wirtschaftsentwicklung oder der Arbeitslosenrate auf den Regierungserfolg schließen. Achen und Bartels fassen diese Annahme, die sie auf konkurrenzdemokratische Vorstellungen Schumpeters rückführen, unter dem Begriff der »retrospective theory of voting« zusammen (S. 91). Dieser Logik zufolge würden die Wähler ihre subjektive ökonomische Lage zum Erfolgsmaßstab erheben und Parteien und Spitzenkandidaten vorrangig nach deren Anteil am persönlichen Wohlergehen bemessen. Steige die Wirtschaftsleistung, erhöhe sich auch die Chance auf (Wieder-)Wahl, was im Krisenfall Abwahl bedeuten könnte.

Die Autoren ziehen diese Aussage nicht komplett in Zweifel. Die Wahlentscheidung sei auch ökonomisch informiert, aber bestenfalls erratisch. So erratisch, dass sie beispielsweise im Falle der historisch bedeutsamen Wiederwahl Roosevelts im Jahr 1936 nicht als politische Ratifikation der *New Deal*-Programme bewertet werden könne, sondern durch kurzfristige Einkommenssteigerungen wenige Monate vor dem Wahltag geprägt war (S. 189). Hätte die Wahl während der Rezession von 1938 stattgefunden, wäre Roosevelt wahrscheinlich noch vor Vollendung seiner Reformagenda abgewählt worden. Zum Nachweis präsentieren sie Ergebnisse eigens erstellter Regressionsanalysen auf Basis historischer Wahldaten. Die Autoren schließen: Ist das eigene materielle Wohlergehen gesichert, würde dies unbe-

wusst mit dem Handeln der Regierung in Krisenzeiten assoziiert und als langanhaltende moralische Loyalitätsressource verarbeitet.

Den kritisierten Modellen stellen die Autoren ihre Vorstellung einer realistischen Demokratietheorie gegenüber, die soziologische Grundkategorien der Wähler in den Fokus rückt. Hierzu zählen Achen und Bartels die subjektive Identität, die sich beispielhaft in Religion, Geschlecht oder Haarfarbe äußere und die Zuordnung zu sozialen Gruppen, die wiederum die Grundlage für organisiertes politisches Handeln bilde. Die Verbindung beider Kategorien könne einen Erklärungsbeitrag leisten, »why people adopt the opinion of their group as group theory had emphasized but not explained« (S. 229). Wählerbefragungen zur Aufhebung der Rassentrennung in den Südstaaten in den 1960er Jahren, der Politisierung von Schwangerschaftsabbrüchen in den 1970er und 1980er Jahren oder der Einschätzung des Haushaltsdefizits in den 1990er Jahren fungieren als Erklärungen für seltene Umbrüche in der politischen Orientierung. In der Regel blieben einmal erworbene Parteienbindungen auch dann intakt, wenn sich die Positionen zwischen Wählern und Parteien signifikant verschoben hätten. Von einer themenzentrierten Wahlentscheidung und der Herstellung faktenbasiert der Kongruenz könne keine Rede sein, »when an issue, however vital, is the least bit arcane or divorced from personal experience« (S. 283). Höhere formale Bildung könne dies nur selten kompensieren. Gut ausgebildete Wähler würden ihre Meinung lediglich geübter rationalisieren und im Hinblick auf die Parteipolarisierung in den USA zunehmend ideologisieren (S. 299). Internet und soziale Medien wirkten hierbei mehr als einseitige Verstärker, nicht als aufklärerische Ressource.

Ein für die Taschenbuchausgabe angefügtes Zusatzkapitel befasst sich mit dem Ausgang der US-Präsidentswahlen von 2016 (S. 335-344). In Übereinstimmung mit ihrem Argument verweisen sie auf die faktische Stimmenmehrheit Clintons und betonen, dass am Ende subjektive Parteienbindung und Gruppendenken ausschlaggebende Faktoren der Wahl waren. Von einem ideologisch motivierten Rutsch nach rechts (Trump) oder links wie im Falle der überraschend erfolgreichen Vorwahlkampagne Bernie Sanders' könne nicht die Rede sein. Zudem fo-

kussiere man zu sehr auf das Präsidentenamt, wobei die entscheidende Rolle des Kongresses unterbelichtet bliebe. Später veröffentlichte Ent'hüllungen über eine Begünstigung der Wahlkampagne Clintons bei den Demokraten greifen die Autoren nicht auf.

In ihrer Schlussfolgerung bleiben Achen und Bartels skeptisch, was praktisch umsetzbare Reformen angeht. Die (repräsentative) Demokratie sei ein schützenswertes Gut, das jedoch kontinuierlicher Bestätigung in der Praxis bedürfe. Deliberative Demokratie und die Ausweitung plebisizitärer Elemente in der Entscheidungsfindung lehnen sie unter sonst gleichbleibenden Bedingungen als eifertigen Aktionismus ab. Denn Referenden und Abstimmungen böten eine Plattform zur Durchsetzung von Partikularinteressen (S. 321). Die hierfür erforderlichen Diskussionsprozesse seien überdies anfällig für soziale und politische Dominanz durch rhetorisch geschulte und besser ausgestattete Akteure oder taktisch agierende Führungseliten. Vielmehr müsse es darum gehen, bestehende Kontrollmöglichkeiten effektiv zu machen. Ein Umdenken in der Wissenschaft sei dafür notwendiger Ausgangspunkt (S. 327). Um die politische Praxis für alle Wählergruppen zu öffnen, müsse zusätzlich der Einfluss des Geldes auf die Parteien- und Wahlkampffinanzierung umfassend reduziert werden. Politische Eliten sollten sich verstärkt an rationaler und überparteilicher Amtsführung orientieren. Im Ergebnis antizipieren sie einen »increase in the real political power of a variety of currently underrepresented groups (...) The policy views of both corporate interests and college professors would get less weight in a fairer process« (S. 326).

Wie dies ohne eine radikale Transformation des politischen Systems der USA von statthaften soll, erklären die Autoren nicht. Sie äußern stattdessen die Hoffnung, dass durch Neubegründung der Forschungsagenda überholte Orientierungen fallen gelassen und neue Schwerpunkte gesetzt werden, aus denen im besten Fall auch geeignete Reformvorschläge resultieren. Leser sollten demnach nicht vorrangig nach Alternativen suchen. Der Eigenwert des Buches ergibt sich vielmehr aus der schieren Menge an Belegen, der großen Syntheseleistung und dem skizzierten Paradigmenwechsel in der Debatte. Durch die zahlreichen Beispiele unterschiedlicher historischen Zeitpunkte ist das Buch weit über den

Kreis der empirischen Wahlforschung hinaus zu empfehlen.

Alexander Leipold

Christiane BÜRGER: *Deutsche Kolonialgeschichte(n). Der Genozid in Namibia und die Geschichtsschreibung der DDR und BRD*, Bielefeld: Transcript Verlag 2017, 318 S., € 39,99

Für jeden sich mit der kolonialen Vergangenheit Deutschlands befassenden Historiker sind die gegenwärtigen (post)kolonialen Debatten und die Unmenge der allein in den ersten eineinhalb Jahrzehnten dieses Jahrhunderts erschienenen Literatur wie der Garten Eden. Immer wieder und in verschiedenen Formen wird sich mit dem zuvor nicht gerade im Mittelpunkt der deutschsprachigen Historiographie stehenden Forschungsgegenstand auseinandersetzt. Manches wird mit Stirnrunzeln aufgenommen, erfreuliche Kenntnisnahmen jedoch überwiegen. Denn kaum jemand von denen, die sich schon zu Zeiten der Zweistaatlichkeit mit der kolonialen Vergangenheit Deutschlands befasst haben, konnte wohl erahnen, dass die früher ausgebrachte Saat so viele Früchte tragen würde. Was will ein Wissenschaftler und Hochschullehrer mehr?

Da werden dann in der scientific community geradezu mit großer Spannung Untersuchungen erwartet und begrüßt, die sich mit der historischen Entwicklung der deutschen Kolonialhistoriographie beschäftigen. Denn die kritische Auseinandersetzung mit der kolonialen Vergangenheit des Deutschen Kaiserreichs verlief in Ost wie in Westdeutschland nicht stetig und konfliktlos. Zudem herrschten politisch bedingt Konkurrenz und Ablehnung untereinander, jedoch auch Kooperationen und Interaktionen und vor allem gegenseitige Inspirationen (vgl. Ulrich van der Heyden: »Kolonialgeschichtsschreibung in Deutschland. Eine Bilanz ost- und westdeutscher Kolonialhistoriographie« in: *Neue Politische Literatur. Berichte über das internationale Schrifttum*, Nr. 3, Frankfurt a. M. 2003, S. 401–429).

Auf solche Fragen geht Christiane Bürger in ihrer an der Universität Heidelberg eingereichten Dissertation ein, wenngleich der Fachmann, der einen Teil der hier geschilderten Entwicklungen direkt miterleben und verfolgen konnte, doch einige Monate anzuführen hat. Denn schon der

Untertitel des Buches ist problematisch. Es existiert keine sich mit Kolonialgeschichte befassende »Geschichtsschreibung der DDR«, wie auch nicht »der BRD«, sondern »in der DDR«, resp. »in der BRD«. Wer sich tiefer mit den produzierten durchweg kolonialkritischen Texten beschäftigt, wird sehen, dass es in der DDR zu bestimmten Themen innerhalb der mit Afrika- und Kolonialgeschichtsschreibung befassten Kollegen unterschiedliche Auffassungen gab (vgl. U. van der Heyden: »Sichten auf die historische Afrikawissenschaft in der DDR. Ein Rundtischgespräch« in: *Asien – Afrika – Lateinamerika*, Nr. 5, Berlin 1994, S. 539–571), selbstverständlich unter Beibehaltung der marxistischen Methodik. Und in der Bundesrepublik war das Spektrum der sich mit kolonialgeschichtlichen Themen beschäftigenden Kollegen noch breiter, von Kolonialverherrlichern bis zu Kolonialkritikern. Die Verfasserin scheint auf dem ostwärts gewandten Auge zudem zuweilen einen getrübten Blick zu haben.

Jedoch, das muss Christiane Bürger zugutegehalten werden, hat sie sich auf die Kolonialgeschichtsschreibung über das ehemalige Deutsch-Südwestafrika, dem heutigen Namibia, konzentriert. Die Frage scheint indes nahe zu liegen, ob man die Geschichte der Erforschung und Darstellung des Genozids an den Herero und Nama unabhängig von der Geschichtsschreibung auch über die anderen Kolonialgebiete überhaupt separat betrachten sollte, ja es überhaupt kann. Die Verfasserin hat hierauf eine Antwort geboten, die belegt, dass dies möglich ist.

Zwangsläufig entfallen damit jedoch viele Querverbindungen, größere politische Zusammenhänge, Animositäten unter einzelnen Forschern, gesellschaftliche und individuelle Ursachen, persönliche Entwicklungswege und Ähnliches. Für eine akademische Qualifizierungsschrift ist es legitim, sich thematisch zu konzentrieren – mit allen Konsequenzen. Zumal die Geschichte des kolonialen Namibias – und damit der Genozid an den Herero und Nama – im ersten Jahrzehnt des 20. Jahrhunderts in den letzten Jahren zu einem Politikum avanciert ist. Der Anerkennung des Völkermordes durch die deutsche Bundesregierung im Jahre 2016 gingen Jahrzehntelange historiographische Kontroversen voraus, die jedoch in der Wissenschaftsgeschichte sowie in der Politik bislang kaum Beachtung gefunden haben. Christiane Bürger zeigt mit ihrem Buch

auf, wie der nach dem Zweiten Weltkrieg als weitestgehend verdrängt geltende koloniale Genozid in der DDR und der BRD vor dem Hintergrund kolonialapologistischer Erzählungen, die vor allem in der ersten Jahrhunderthälfte das Bild der Kolonialkriege im öffentlichen Bewusstsein prägten, behandelt wurde. Damit betritt sie zwar nicht absolutes Neuland, befruchtet jedoch in erheblichem Maße die aktuellen Diskussionen in der Historiographie- und Wissenschaftsgeschichte.

Die Arbeit der Verfasserin besteht neben einer Einleitung, einem Fazit und einer Bibliographie aus vier substanziellem Kapiteln. Beeindruckend ist die breite Quellenbasis, auf der sie ihre Untersuchung aufbaut. Richtig hebt sie die Stellung des DDR-Historikers Horst Dechsler hervor, der im Jahre 1966 zum ersten Mal seine Forschungen über den antikolonialen Kampf der Herero und Nama veröffentlicht hat (Horst Drechsler: *Südwestafrika unter deutscher Kolonialherrschaft*, Berlin (Ost) 1966) und dann in einem weiteren Werk von 1984 mit seinem auf Anregung der UNO in mehreren Sprachen übersetzten Buch die Völkermord-These in die internationale Debatten brachte. Trotz aller Bedeutung der Drechslerschen Forschungen, die in der Bundesrepublik durch Helmut Bley (Helmut Bley: *Kolonialherrschaft und Sozialstruktur in Deutsch-Südwestafrika 1894–1914*, Hamburg 1968) ein Pendant fanden, rechtfertigt es nicht, dass sein Werk in der Bibliographie doppelt aufgeführt wird (S. 284). Überhaupt hätte der Anhang vor der Veröffentlichung noch einmal lektoriert werden müssen. (Auch der Rezensent findet einige seiner Arbeiten mehr als einmal im Literaturverzeichnis.)

Im Bestreben, wie bei Dissertationen üblich, die eigene Bedeutung und Einmaligkeit der selbst gewählten Forschungsfragen zu begründen, schießt Bürger offensichtlich übers Ziel hinaus. Denn es seien, wie auf S. 23 behauptet wird, »Debatten um den wissenschaftlichen Wert der DDR-Geschichtsschreibung von HistorikerInnen geführt« worden, »die aufgrund ihrer eigenen wissenschaftlichen Vita direkt von den politischen Entwicklungen der beiden deutschen Staaten betroffen waren«. Es wurden jedoch keine »Debatten« geführt, sondern die ostdeutschen Kollegen waren nach der deutschen Vereinigung aufgrund von Evaluationen und zuweilen auch aus Neugier aufgefordert bzw. inspiriert, ihre

Forschungsarbeiten und -methoden vorzustellen. Denn die westdeutschen Kollegen, so ein Hamburger Institutionsdirektor seiner Zeit zum Rezessenten, wussten mehr über die Afrikafor-schungen in Japan als im benachbarten anderen deutschen Staat. In Bezug auf die wissenschaftlichen Forschungsarbeiten in den beiden deut-schen Staaten waren hingegen die Ostdeutschen besser informiert als ihre westlichen Kollegen. Und der Versuch von ostdeutschen Wissen-schaftlern, sich wissenschaftsgeschichtlich zu be-tätigten, hat nichts mit »retrospektiver Selbstver-ortung« (Fn 40) zu tun. In typischer Überheb-lichkeit wird der »problematische« Quellenwert von »Historikern der DDR nach 1990« beklagt (S. 34). Nun ist der Wert der Selbstdarstellungen von Historikern aus der DDR, die wesentlich ihre Wissenschaftsdisziplin mitgeprägt haben, durchaus problematisch (Vgl. Ulrich van der Heyden: »Geschichtswissenschaft und Historiker in der DDR in (Selbst)-Zeugnissen« in: *Monatshefte für deutschsprachige Literatur und Kultur*, Nr. 2, Madison 2015, S. 284–310), jedoch auch nachfolgenden ostdeutsch sozialisierten Historikern diesen Vorwurf zu machen, würde bei Gleichbehandlung auch Christiane Bürger die Berechtigung für so eine Arbeit entziehen.

Im ersten Hauptteil (nach Gliederung: Kapitel 2) beschäftigt sich die Verfasserin mit der Ge-schichte der Kolonialgeschichtsschreibung nach dem Zweiten Weltkrieg nicht nur in den beiden deut-schen Staaten. Angeblich soll in der BRD wie in der DDR das Wissen über das koloniale Namibia anfangs durch eine »imperiale Nostal-gie« (S. 90) geprägt worden sein. Für den Osten Deutschlands kann dies weitgehend ausgeschlos-sen werden, denn in Leipzig, damals der einzige Ort, wo man sich akademisch mit Afrika- und Kolonialgeschichte befasste, hatte der von Bonn in die sächsische Metropole gewechselte Walter Markov die Afrikawissenschaften nach dem Prinzip der *Area Studies* aufgebaut und ganz neue Sichten auf diese Wissenschaftsdisziplin ein-geführt (vgl. U. van der Heyden: *Die Afrikawis-senschaften in der DDR. Eine akademische Disziplin zwischen Exotik und Exempel*, Münster/Hamburg/London 1999). Antikolonialismus war sein Grundprinzip. In Berlin gab es zwar einen »bürgerlichen Wissenschaftler«, nämlich Ernst Dammann, aber dem wurde von offizieller DDR-Seite vorgeworfen, dass er sich hauptsäch-

lich mit Linguistik befasste und nicht mit »politischen Fächern« (Ulrich van der Heyden: »Ernst Dammann – ein bürgerlicher Wissenschaftler in der sozialistischen DDR« in: Catherine Griefenow-Mewis (Hrsg.): *Afrikanische Horizonte*, Festschrift für Hilde Höftmann, Wiesbaden 2007, S. 29–42).

Die folgenden beiden ebenfalls weiter untergliederten Kapitel mit der Herausbildung und Entwicklung der Kolonialhistoriographie in der DDR und der BRD sind weitgehend fokussiert auf Namibia. Das Abschlusskapitel, kurz »1984« betitelt, behandelt nunmehr die in der internationalen community sich durchsetzende Völkermord-Theorie.

Wenn es, wie bereits angedeutet, ein Lektorat für das Buch gegeben hätte oder sonstige sachkundige Leser das Manuskript sich angesehen hätten, wären sicherlich einige störende Fehler aufgefallen, von denen sich allein auf der Seite 215 mehrere finden lassen. So ist es zwar zutreffend, dass ins Englisch übersetzte Arbeiten der DDR-Kolonialhistoriker »nicht allein für den Büchermarkt der DDR bestimmt« waren, jedoch stellten solche Publikationen eine Möglichkeit dar, Forschungsarbeiten zu veröffentlichen, was in der DDR nicht einfach war. Abgesehen von solchen Publikationen, die vom Solidaritätskomitee übersetzt wurden, waren sie persönlichem Engagement zu verdanken, wie die russische und englische Übersetzung des Sammelbands *Drang nach Afrika* von Helmuth Stoecker, der seit seiner Exil-Zeit in Großbritannien zu dortigen Kollegen und Verlegern Kontakte pflegte. Eberhard Czaya war entgegen der Auffassung der Autorin nicht Mitherausgeber des genannten Sammelbandes. Der nach der deutschen Vereinigung den Lehrstuhl für afrikanische Geschichte an der Humboldt-Universität zu Berlin innehabende Kollege aus der Schweiz hieß nicht Alfred, sondern Albert Wirz.

Solche und ähnliche Fehler hätten nicht sein müssen. Insgesamt gesehen liegt hier indes eine nützliche Arbeit vor, die durchaus als Teilaspekt einer noch ausstehenden komparativen deutschen Kolonialhistoriographie angesehen werden kann.

Ulrich van der Heyden

Loreto DI NUCCI: La democrazia distributiva. Saggio sul sistema politico dell'Italia repubblicana, Bologna: Il Mulino 2016, 2017, 225 S., € 17,85

Im Dezember 2016, dem Erscheinungsjahr der hier anzugebenden Untersuchung, lehnte die Mehrheit der Italiener per Referendum die von der damaligen Mitte-Links-Regierung vorgeschlagene Reform der italienischen Verfassung und des Wahlrechts ab und beendete damit vor Ablauf der Legislaturperiode die Amtszeit des 2013 gewählten Premiers Matteo Renzi. Ihm folgte für knapp vierzehn Monate sein vormaliger Außenminister Paolo Gentiloni in der Funktion des Regierungschefs. Im März 2018, fast auf den Tag genau siebzig Jahre nach der Einführung der demokratischen Verfassung in Italien 1948, fanden Neuwahlen für die beiden Kammern des italienischen Parlaments statt, deren Ergebnis als Bruch mit der Geschichte der Republik empfunden wurde. Denn die Gewinner waren zwei politische Kräfte, die ein programmatisch ambivalentes Verhältnis zur politischen und konstitutionellen Kultur ihres Landes pflegen: Die »Lega« und die »Fünf-Sterne-Bewegung« verkündeten einerseits die radikale Abkehr von den bis dahin geltenden Parametern der italienischen Politik; sie profilierten sich mit Kritik an der EU und vor allem mit der Botschaft, »das Volk« gegen die korrupte Politiker-Kaste wieder ins Recht setzen zu wollen. Aber es waren andererseits ihre Versprechen materieller Absicherung und der Rehabilitierung des nationalen Selbstwertgefühls, welche die Wähler zu prämieren bereit waren. Dieses italienische Ineinandergreifen von revolutionärer Rhetorik und »Antipolitik« auf der einen Seite und traditioneller Fürsorge- und Versorgungserwartung auf der anderen Seite bei gleichzeitiger Geringsschätzung des Staates generiert soziale Spannungen und ist nicht immer leicht zu verstehen.

Vor diesem Hintergrund ist eine Darstellung zu begrüßen, die ein Kernelement italienischer Politik in historischer Perspektive beleuchtet, nämlich eben jenen Primat, den Versorgung, Zuteilung, Umverteilung, Alimentierung, Garantie materieller Sicherheit und Wohlfahrt unter den Staatszielen in Italien in der zweiten Hälfte des XX. Jahrhunderts innehatten und bis heute innehaben. Unter dem Titel »Die Verteilungsdemo-

kratie. *Essay über das politische System Italiens*« (bisher liegt nur die italienische Fassung vor) analysiert der an der Universität Perugia lehrende Historiker Loreto Di Nucci den »Sonderweg«, der zur spezifisch italienischen Variante des europäischen Wohlfahrtsstaats führte. Di Nucci spricht ausdrücklich von der »Exzptionalität des italienischen Falls« (S. 7). Detailliert rekonstruiert er die politische Ausgangslage Italiens in den Nachkriegsjahren, in denen die Hauptnarrative der Erwartungen und Rechtfertigungen bezüglich einer sich in der Folgezeit stetig ausweitenden staatlichen Protektion und Assistenz formuliert wurden. Ähnliches fand sich bekanntlich in allen westlichen Demokratien nach 1945; in Italien ruhte das System aber, so der Autor, auf besonderen soziokulturellen Grundlagen und nahm daher eine ganz eigentümliche Physiognomie an. In sechs Hauptkapiteln entfaltet Di Nucci seine These von der starken Pfadabhängigkeit der italienischen Sozialpolitik von jenen Konstellationen, die die Übergangsphase vom Faschismus zur Nachkriegsrepublik prägten. Sie waren gekennzeichnet von der Spannung zwischen Konsens und Antagonismus unter den antifaschistischen Kräften. Die beiden Massenparteien der Christlichen Demokraten und der Kommunisten waren zwar ideologisch konträr aufgestellt, teilten aber zwei entscheidende Merkmale: die Überzeugung von der überragenden Rolle der Partei, die nicht nur politische Repräsentanz zu leisten hatte, sondern gesellschaftliche Führung in einem weiten, volkspädagogischen Sinne übernehmen sollte; sowie die Überzeugung, dass der Letz Zweck von Politik in Italien in der Führung der Volksmassen aus den schweren Verwerfungen des Bürgerkriegs, aus Disparität, Armut, Analphabetismus und Lohnuntertänigkeit hin zu Modernisierung, Hebung und Angleichung der kulturellen und ökonomischen Lebensverhältnisse im nationalen Maßstab bestand. Zwei »Solidarismen«, wie sich der Kommunistenführer Palmiro Togliatti ausdrückte, rangen um die Gunst der Gesellschaft. »Soziale Gerechtigkeit« bildete den Leitstern beider Massenparteien, erhielt Verfassungsrang und garantierte den Konsens breiter Bevölkerungsschichten. Die Besonderheit Italiens bestand nach Di Nucci darin, dass der immer weiter gehende Ausbau des Sozialstaats Resultat der kompetitiven Dynamik dieser beiden Großformationen war, bei gleichzeitiger Paralyse des

parlamentarischen Systems, das keinen echten Wechsel von Regierung und Opposition kannte, da die internationale Lage des Kalten Kriegs eine Regierung der italienischen Kommunisten ausschloss. Die sozialstaatlichen Maßnahmen waren also nicht Ergebnis einer planmäßigen nationalen Strategie und eben auch nicht der »Umverteilung« vorhandener Ressourcen, sondern Folge der zunehmend klientelistischen Zuteilung von Wohltaten, die mit Schulden erkauft wurden. Was in den Anfangsjahren der Republik noch als Instrument der sozialen Befriedung und Armutsbekämpfung gerechtfertigt sein mochte, führte nach Auffassung von Di Nucci geradezu zwangsläufig zur endemischen Korruption sowie der daraus resultierenden Staats- und Parteienverdrossenheit.

In dieser Weise erzählt, erweist sich die Geschichte Nachkriegsitaliens als Geschichte einer fatalen Dekadenz, und tatsächlich übernimmt der Autor hier ein in der italienischen Publizistik und Zeitgeschichtsschreibung häufig anzutreffendes Paradigma. Allerdings setzt er dabei prägnante eigene Akzente. Für ihn liegen die »genetischen« Schwächen Italiens in dessen Umgang mit den öffentlichen Finanzen und in einer Versorgungsmentalität nach radikaler Proporzlogik. Sie sind in seinen Augen die Ursachen für die nach unten weisende historische Verlaufskurve. Damit minimiert Di Nucci die Bedeutung des Epochenumbruchs von 1989. Gemäß seiner Periodisierung geriet Italien nicht erst mit dem Fall der Berliner Mauer und dem Ende der bipolaren Welt in die große Systemkrise. Die entscheidenden Schritte dorthin setzten früher ein und waren sozusagen autochthon. Mit dem Versagen der politischen Klasse (Verweigerung von Selbsterneuerung, Klientelwirtschaft, Instrumentalisierung des öffentlichen Apparates zum privaten Nutzen) ging seit den 1980er-Jahren die Entpolitisierung der Bevölkerung einher. An die Stelle der traditionellen Parteien mit ihren starken, omnipräsenten Vorfeldorganisationen trat die Personalisierung des Politischen. Spätestens mit Silvio Berlusconi wurde die charismatisch-populistische Führungsgestalt (wieder) salonfähig, gegen die die italienischen Verfassungsväter 1948 konstitutionelle Dämme hatten errichten wollen. Di Nucci betont aber auch, dass die zweifellos tiefgreifenden Veränderungen im Parteiensystem – wie in der italienischen politischen Kultur insgesamt

– letztlich neutralisiert wurden durch die Fortführung älterer Muster, an erster Stelle der Versprechungen sozialer Leistungen, die sich die italienische Volkswirtschaft finanziell gar nicht »leisten« konnte. Nach Ansicht des Autors handelte es sich bei dieser Kontinuität nicht um die häufig zu beobachtende »Zähmung« des revolutionären Gestus durch den parlamentarischen Betrieb und auch nicht um jene Technik des »Transformismus«, die es Italien in früheren Zeiten bisweilen gestattet hatte, auch ohne offenen Bruch neue Dynamiken und Forderungen der Gesellschaft in die politische Agenda zu integrieren. Vielmehr erkennt er darin ein ungutes Grundschema der italienischen Politik, das sich nach den Parlamentswahlen des März 2018, wie oben angedeutet, zu perpetuieren scheint: So sehr rhetorisch der Neuanfang beschworen wird, so sehr bleibt die Praxis in der Bedienung klientelistischer Interessen gefangen, was wiederum die Haltung eines resignierten Fatalismus verstärkt. Das Volk ist dann eher bereit, kleine milde Gaben anzunehmen, als von der Politik den großen Reformwurf und dessen Umsetzung einzufordern.

Christiane Liermann

Hans-Georg EHRHART (Hg.): Krieg im 21. Jahrhundert. Konzepte, Akteure, Herausforderungen, Baden-Baden: Nomos 2017, 377 S., € 74

Der vorliegende Sammelband basiert auf der Grundlage, dass die »beiden Weltkriege (...) zwar Lernprozesse in Gang gesetzt haben [mögen], doch wir wissen, dass diese bislang nicht zur Abschaffung der sozialen Institution Krieg geführt haben. Ob dies überhaupt möglich sein wird, ist umstritten. (...) der Krieg als Institution [ist] also noch immer gegenwärtig« (S. 8f.). Mit dieser realistisch-differenzierten Erkenntnis unterscheidet sich die vielschichtige und hochaktuelle Aufsatzsammlung deutlich von eher theoretischen Ansätzen in den Internationalen Beziehungen, die allzu einfach eine normativ-friedliche Transformation des internationalen Systems in Folge von Globalisierung und Entgrenzung postulieren. Die versammelten Autoren widmen sich, ausgehend von einer sehr lezenswerten Einführung des Herausgebers, in drei Abschnitten den Konzepten, Akteuren und Herausforderungen des Phä-

nomens Krieg. Neben Fragen des Zusammenhangs von (Post-) Moderne und den Unschärfen des Kriegsbegriffs werden auch ethische und (Welt-) Ordnungsaspekte des Krieges betrachtet. Auch die Fallbeispiele decken einen großen Themenkreis ab, vom Ukraine-Krieg über den IS und seine Nutzung von Wasser als Waffe bis hin zur Rolle von Milizen und anderen bewaffneten Gruppen sowie dem Scheitern des militärischen »war on terror«. Im Rahmen der aktuellen Herausforderungen widmen sich die Beiträge nicht zuletzt den militärisch-sicherheitspolitischen Implikationen technologischer Neuerungen (Robotik, Cyberraum) sowie und denjenigen der hybriden Kriegsführung für den Bevölkerungsschutz. Insgesamt verdeutlicht der Sammelband damit die große Bandbreite der Kriegsproblematik, die im deutschsprachigen Raum oftmals tendenziell unterschätzt wird. Sicherlich hätte man sich thematisch noch einige Ergänzungen wünschen können, zum Beispiel im Hinblick auf die stärkere theoretische Grundlegung, etwa mit Blick auf die Kriegstheorie Carls von Clausewitz mit seinem wie für den postmodernen Krieg gemachten Verständnis des Kriegs als Chamäleon, die Frage nach kulturspezifischen Besonderheiten (etwa nach einem genuin afrikanischen »way of war«) oder die historischen Vorfäder und konzeptuellen Vorbereitungen der hybriden Kriegsführung in der sowjetischen Kriegstheorie. Gleichwohl ist der Sammelband zweifellos ein wertvoller und uneingeschränkt empfehlenswerter Beitrag zur perspektivischen Bestandsaufnahme der gegenwärtigen sozialwissenschaftlichen Diskurse über das bleibende Phänomen Krieg und seine Entwicklungsdynamik.

Ralph Rotte

Salomon GRUMBACH: Das annexionistische Deutschland. Eine Sammlung von Dokumenten, die seit dem 4. August 1914 in Deutschland öffentlich und geheim verbreitet wurden. Mit einem Anhang: Antiannexionistische Kundgebungen. Neu herausgegeben von Helmut Donat. Mit einer Einleitung von Klaus Wernecke und Beiträgen von Lothar Wieland und Helmut Donat. Bremen: Donat-Verlag 2018 (Schriftenreihe Geschichte & Frieden, Bd. 30), 672 S., € 29,80

»Der Mehrheit der journalistischen Rezeptionen zu den Themen Verantwortung für den Weltkrieg

und deutsche Kriegsziele fehlen Fachkenntnisse, um die wissenschaftliche Halt- oder Unhaltbarkeit neuer populärer Publikationen zu erkennen.« (S. 21) Klaus Wernecke, Historiker, Schüler von Fritz Fischer, bringt es in seinen einleitenden Bemerkungen zur Kriegszieldebatte auf den Punkt. In der mit großem rhetorischem Aufwand betriebenen Debatte über die Schuldzuschreibung bei der Auslösung des Ersten Weltkriegs seien zentrale Darstellungen zu diesem Thema nicht gelesen oder falsch zitiert worden. Die Rückkehr zu den Quellen sei deshalb dringend geboten. Die hier vorliegende erweiterte Neuauflage aus dem Verlag von Helmut Donat, die Sammlung von Dokumenten, zusammengetragen von Salomon Grumbach, 1917 in der Schweiz gedruckt und in Deutschland illegal verbreitet, ermöglicht nunmehr – mehr als hundert Jahre nach der Auslösung der gigantischen Mordmaschinerie – einen kommentierten Zugang zu jenen Quellen, die von den Großmeistern der Weltkrieg-Interpretationen übergegangen oder bewusst vernachlässigt worden sind. Die voluminöse, übersichtlich gegliederte Dokumentation »Das annexionistische Deutschland« mit einem Anhang über »Antiannexionistische Kundgebungen« bietet nicht nur den Zugang zu jenen Aussagen, in denen die in Deutschland herrschenden Klassen ihre Eroberungsziele oft unverhüllt verkündeten. Sie öffnet auch den Blick auf die politischen Machenschaften der Nachkriegsära, deren Akteure in den 1920er- und 1930er-Jahren »Revanche« für die Schmach von Versailles forderten.

In seiner Einleitung zur Dokumentation aus dem Sommer 1916 stellte Salomon Grumbach (1882–1952) fest, dass die deutsche Regierung wie auch ein großer Teil der deutschen Presse von Anfang des Krieges an sich bemühten, »die Welt davon zu überzeugen, dass Deutschland keinen Eroberungskrieg führe und dass, was man über die Stärke der annexionistischen Strömungen verbreite, nichts weiter als eine schwere Verleumdung sei.« (S. 29) Der aus dem südlichen Elsass stammende, im Geiste eines deutsch-französischen Einverständnisses aufgewachsene Salomon Grumbach gehörte, wie der Historiker Lothar Wieland in seinem biografischen Essay (S. 461–530) betont, dem gemäßigten Flügel der »Section Française de l'Internationale Française« (SFIO) an. Im Juli 1914 versuchte die SFIO gemeinsam

mit der französischen Gewerkschaft die SPD und die Gewerkschaften zu einem Generalstreik gegen den Krieg zu überreden. Ein Unternehmen, das aus verschiedenen Gründen scheiterte. Grumbach musste am 3. August 1914 fluchtartig Paris verlassen. Er desertierte in die Schweiz, wo er als Korrespondent mit besonderen Aufgaben für die »L'Humanité« beschäftigt war und neben seinen journalistischen Aufgaben an der Dokumentation arbeitete. Wielands sorgfältig konzipierter, mit über 300 Anmerkungen versehener Essay beschreibt und kommentiert die umfassende publizistische Tätigkeit von Grumbach in der Schweiz wie seine öffentlichen Auftritte nach 1918, wobei im Focus seiner Arbeit stets die Untersuchung der Schuld an der Auslösung des Ersten Weltkriegs stand.

Diesem zentralen Themenkomplex widmet der Historiker Helmut Donat (S. 531–656) seine umfangreiche Kommentierung. Unter der ironisch anmutenden Überschrift »Deutschlands ›guter Frieden‹« untersucht er unter Rückgriff auf die vorliegende Dokumentation und weiteren offen gelegten Quellen die Wandlungs- und Beharrungsprozesse der unterschiedlichen Interessengruppen. Dabei geht er nicht chronologisch vor, um die annexionistischen Forderungen einzelner Persönlichkeiten wie auch Ständevertreter und Parteirepräsentanten offen zu legen. So beginnt er mit der rechtsradikalen »Deutschen Vaterlandspartei«, die Anfang September 1917 gegründet bald Einfluss auf »antidemokratische, monarchistisch-nationalistische Kreise gewann(en)«. (S. 531) Doch die »alldeutsche Botschaft«, so Donat habe, wie später die nationalsozialistische Propaganda vom »Volk ohne Raum«, den Nährboden für die Nazi-Herrschaft geliefert. Dass an diesem ideologischen Beutezug auch Deutschlands Professoren beteiligt waren, wie der Aufruf der elfhundert Hochschullehrer im Oktober 1917 dokumentiert, bezeugte nicht nur die geistige Verwirrung der Akademiker. Sie hatte auch, wie der Journalist Harry Stürmer in der Berner Freien Zeitung festhielt, »die deutsche Wissenschaft endgültig gebrandmarkt vor den Augen Europas und der ganzen Welt.« (S. 533) Auf diese Art einer sich verdichtenden Kommentierung setzt Donat seine akribische Beweisführung fort, um in Übereinstimmung mit der Fülle der Grumbachschen Dokumenten die zahlreichen Annexionspläne von Einzelpersonen und

Interessenverbänden zu enthüllen. So verweist er auf Gebietsansprüche oder auf die Erweiterung von Kolonialbesitztümern, die in Schriften des »Alldeutschen Verbandes« angekündet wurden. Doch damit bei weitem nicht genug. Die in der umfangreichen Dokumentensammlung unter »annexionistische Kundgebungen« abgedruckten Texte (vgl. S. 43–378), in verschiedenen Rubriken aufgelistet, enthalten die offenen und verdeckten Aussagen über gewünschte und »dringend« geforderte Gebiete für den deutschen Siedlungsraum. Ihre Verkünder stammen aus den Reihen der Politik, des Militärs, aus politischen Parteien und dem Parlament. Es melden sich aber auch Publizisten zu Wort, um im Auftrag von Industrieverbänden den »gerechtfertigten« Anspruch auf den Siedlungsraum im Osten oder auch in Belgien zu erheben. Es ist eine Ansammlung von oft tolldreisten Behauptungen, unverblümt vorgetragen im Geiste eines wahnwitzigen Chauvinismus. Wie zaghaft im Kontrast dazu die magere Anzahl der antiannexionistischen Kundgebungen war, wird auf achtzig Druckseiten zusammengebracht. Es sind die warnenden Stimmen von bekannten Friedenskämpfern wie Dr. Quidde, Ernst Schultze und Hans Wehberg, Petitionen der SPD, Karl Liebknechts Erklärung im Reichstag, Manifeste, einzelne Stellungnahmen von Abgeordneten außerhalb des Parlaments oder eines Gewerkschaftsführers in der Zeitschrift »Vorwärts«.

Den Gipfel der Selbstbeweiräucherung und selbsttherrlicher räuberischer Gebietsansprüche versinnbildlicht die Denkschrift von Matthias Erzberger, Politiker der Zentrumspartei, gerichtet an Reichskanzler Theobald von Bethmann Hollweg, unter dem Titel »Deutschlands guter Friede«. Sie listet Gebietsansprüche gegenüber Belgien und Frankreich auf, will die Befreiung der nichtrussischen Völkerstaaten vom Moskowitertum regeln und russische Ostprovinzen an Preußen angliedern, die Kriegskostenentschädigung zu Lasten z. B. von Frankreich klären. Auch der berüchtigte Alldeutsche Bund entwickelt in einem an den Reichskanzler gerichteten Schreiben aus dem Jahr 1915 seine kolonialen Raumordnungspläne, die sich beim Vergleich mit der Denkschrift lediglich durch ein geringeres Vorstellungsvermögen unterscheiden, aber aus einem ähnlichen großdeutschen Machtdenken entstanden sind.

Wer sich diesen voluminösen, übersichtlich gestalteten Dokumentenband genauer anschaut, dem fällt die geschichtspolitische Botschaft auf der letzten Seite des Hard-Cover-Umschlags ins Auge. Diese Dokumentensammlung offenbart, dass die »Siegfrieden«-Politik des Kaiserreichs zur Gründung von protofaschistischen Organisationen in den 1920er-Jahren beigetragen habe. Diese bedienten sich in ihren demagogischen Botschaften auch der berüchtigten Dolchstoßlegende, um den Verrat der kontrarevolutionären Heimatfront gegenüber den tapfer kämpfenden Frontsoldaten als Grund für die militärische Niederlage von 1918 anzugeben. Auf diese Weise lieferten sie der nationalsozialistischen Ideologie die fadenscheinige Begründung für die Wiedergutmachung der Schmach von Versailles. Für einen geschichtsbewussten Leser dieses Dokumentenbandes wird aber damit auch eine Aufklärung über die immer wieder behauptete Legende von den großmächtigen »Schlafwandlern« geleistet, die angeblich ahnungslos in den Weltkrieg hineingeschlittert seien und damit als reichsdeutsche Kriegsteilnehmer allerhöchstens eine Mitschuld trügen. Die aufmerksame Lektüre dieser 700 Seiten wird sie nun mit jenem Wissen ausstatten, gegen welches die historischen Diskursführer rund um den 100. Jahrestag der Auslösung des Ersten Weltkriegs immer nur ihr interessengeleitetes Halbwissen zu Felde geführt haben.

Wolfgang Schlott

Karl HAHN: Die Tragödie des Politischen in Europa. hg. von Peter Nitschke und Martin Schwarz. Berlin: LIT-Verlag 2017, 199 S., € 29,90.

Es gibt auch in der heutigen politischen Philosophie herausragende Entwürfe, die jenseits der Talkshows und der gängigen Analysen verankert sind und sich um harte Begründung und diskursive Auseinandersetzung bemühen. Sie machen es sich nicht leicht. Ihr Bekanntheitsgrad ist deshalb, unausweichlich, geringer als der der Leitfossile des Diskurses. Doch man wird gerade solche Konzeptionen und Überlegungen mit großem Gewinn wahrnehmen in einer Zeit, in der die alten Rezepturen offensichtlich versagen.

Ein herausragendes Exemplar für die Ideengeschichte der politischen Theorie und die Normativität Europas ist dabei das schmale, doch the-

matisch weite und hervorragend fokussierte Oeuvre des langjährigen Münsteraner Ordinarius für Politikwissenschaften Karl Hahn, der zugleich eine Arbeitsstelle für Deutschland und Europaforschung unterhielt, aus der, unter Hahns colloquialer Leitung, bedeutende Studien und eine Reihe gesamteuropäischer interdisziplinärer Beiträge hervorgegangen sind.

Mit Leidenschaft war und ist Hahn akademischer Lehrer, Disputant und Förderer, der auch die Polemik nicht scheut. Allerdings wird sie ihm nie zum Selbstzweck oder zum Kult eines antilektischen Sophismus, sondern dient ihm als Instrument dialogischer Wahrheitsfindung im platonischen Sinn.

Anlässlich von Karl Hahns 80. Geburtstag legt sein langjähriger Schüler und Assistent Peter Nitschke, heute Professor an der Universität Vechta, nun einen Band mit ausgewählten Essays von Hahn vor. In einem sehr bemerkenswerten, »Prolog« überschriebenen Einleitungskapitel würdigt Nitschke kongenial Hahns Ansatz: Ein eigenständiges Denken gewinnt dabei Gestalt, das programmatisch auf Fragen zielt, »die im Mainstreamdiskurs nicht gestellt wurden« (S. 18). Dem 1937 geborenen Hahn ging es zeitlebens darum, seine Epoche zu begreifen – ihre Deformationen, Kipppunkte, aber auch Chancen. Akademisch ist er, nach Tübinger Anfängen, im Zeichen prägender Münchener Jahre, Schüler von Eric Voegelin und des ehemaligen bayrischen Kultusministers Hans Maier. Hinzu kam eine frühe, gründliche philosophische Schulung durch den Ontologen und Existenzphilosophen Max Müller und durch den Fichte-Kenner Reinhart Lauth, bei dem Hahn 1969 über den Zusammenhang von Erziehung, Staat und Wissenschaft bei Fichte promovierte. Eine Thematik, die ihn bis heute in Atem hält. Den springenden Punkt legt Nitschke frei: Hahn ging es nicht allein, auch wenn er dazu in Lehre und Forschung Beachtliches beigetragen hat, um eine »Alternativgeschichte der Politischen Ideen«, nicht um »seine Art Gegenparadigma in geschichtsphilosophischer Absicht« (S. 29), sondern um eine Ontologie von Geschichte und Politik, die quer zu den Zeitläuften und erst recht den Fortschrittsillusionen steht und die die Idee menschlicher Rechte und Pflichten expliziert, staatliche Ordnung im Licht der Theodizee und der Tragik menschlichen Lebens. Hahn spielt niemals mit dem Ernst-

fall. Doch er ignoriert ihn auch nicht. Dass das Unvorhergesehene heute mehr denn je real ist, dass jederzeit so gut wie alles möglich ist, gibt seinem Ansatz eine hohe Aktualität.

Der uniformen Blickrichtung nach Westen setzte Hahn stets kontrastiv den Blick auf Osteuropa und insbesondere das Russland Dostoevskis entgegen.

Die vier abgedruckten Aufsätze und Vorträge geben einen guten Einblick in Hahns Denkweise. Sie sind keineswegs stilistisch glatte Standardtexte, sondern Zeugnisse eines unermüdlichen Eindringens in Problemlagen – mit starken Evidenzen und jähren Durchsichten.

Am Anfang steht eine Studie zur »Tragik der Tragödie«, in der meisterlich und leidenschaftlich die charakteristische Kunst der griechischen Polis als *Conditio humana* aufscheint und als äußerster Punkt der politischen Sphäre gewürdigt wird. Verfehlt wäre es, so zeigt Hahn, das Tragische durch Planungen zu entschärfen. Das Ergebnis könnte nur totalitär sein; ebenso, wenn man sich, wie Carl Schmitt, in einer Extrapolation des Freund-Feind-Schemas gefallen würde. Tragödie und Philosophie bleiben für Hahn in einem un hintergehbaren Ergänzungsverhältnis, wenn die Sphäre des Politischen erfasst werden soll. Mit Simone Weil deutet Hahn den Bogenschlag zu einer, auch christlich evozierbaren, Liebe an, die das Politische tragen und eine – immer missliche – Gerichtspraxis des Menschen über den Menschen entsühnen kann, die auf Richten und Zunderrichten zielt.

Zu denken wäre hier an eine Verschränkung von Eros und Agape, die der inneren ontologischen Theoriegeschichte eingeschrieben ist, an der sich Karl Hahn arbeitet. Sie allein könnte ein Resonanzraum auf die Tragödie sein, an der »Größe und Grenze« der griechischen politischen Ordnung aufscheinen.

Im zweiten Aufsatz »Seele und Tod der Politik« wird deutlich, dass es Hahn nicht um die »äußerliche politische Handlung« geht, sondern um die Analogie zwischen Polis und Seele. Er konstatiert, dass bereits mit Aristoteles der »Auszug der Philosophie aus der Polis« beginne, weshalb die Suche nach der vollkommenen Gerechtigkeit unerlässlich bleibt, und damit das sokratische Problem der Konfrontation von Philosophen und Politik. Hobbes, Spinoza und Fichte replizieren darauf. Macht kann nicht eingehetzt

werden, ihre Anmaßung kann aber demaskiert werden, in gemeinsamer Liebe zur Weisheit. Eben darin sieht Hahn die große platonische Vorgabe. Und Whiteheads überstrapaziertem Diktum, dass die nachfolgende Philosophie aus einer Reihe von Fußnoten zu Platon bestehe, übersetzt er in die Maxime, dass es darum gelten muss zu fragen, was diese Fußnoten zur Lösung des platonisch-sokratischen Problems beizutragen haben. Dies kann der vorliegende Band nicht leisten. Er gibt dazu aber eine überzeugende Handskizze. Dies setzt sich in der Studie »Die Idee des Guten bei Platon« fort, deren Absolutheits- und Transzendenzcharakter Hahn energisch herausarbeitet, wobei er sie mit Fichtes Konzeption des absoluten Lebens des Lichtes in der *Wissenschaftslehre* von 1804 in ein Verhältnis bringt. Die Fichtesche Lichtmetaphysik und Bildlehre repliziert nicht nur, wie immer wieder in der Forschung behauptet, Plotin und den Neuplatonismus, sondern Platon selbst. Mit Reinhard Lauth hält Hahn fest, dass für Fichte wie für Platon nur die »absolut sciende Vernunft«, das *eidos tou agathou*, das Recht habe, »absolut zu postulieren« (S. 124). Dies ist keineswegs auf eine Verführung zu totalitären Politikformen zu reduzieren, sondern als eine Wahrheitsorientierung, an der sich jede Gesetzgebung zu messen hat. Hahns Urteile sind scharf und klar: Die – auf Aristoteles zurückgehende, auch im Neoristotelismus der Gegenwart unbefragt bleibende Unterscheidung von *bios theoretikos* und *bios praktikos* bezeichnet er als antiplatonisch und fatal. Es lasse sich eine transzendentale, von Descartes über Fichte bis zu Max Scheler reichende Linie rekonstruieren (S. 131), in der sie überwunden werden könne.

Dem »Aristoteliker« Hegel steht Hahn naturgemäß eher kritisch gegenüber. Hahn akzentuiert einerseits eine Linie von Hegel zu Marx, die auf der Ignoranz der Idee des Guten beruht und zu der auch der »Nietzscheaner« Max Weber beitrage. Doch das zugleich ontologische und dynamisch-dramatische Denken Hegels gibt dem letzten Beitrag den Taktenschlag vor. Mit präsent ist hier auch der 2006 verstorbene Eberhard Simons, enger Freund und philosophischer Wegbegleiter von Karl Hahn, der von Platon und Nietzsche her die dramatische Genese der Erkenntnis und den Umstand, dass sie selbst Handeln *ist*, betont. Mit Simons rekonstruiert Hahn die *Phänomeno-*

logie des Geistes als Frage nach der »Präsenz von Argumentation«, danach wie sich die Argumente sprachlich verkörpern können, wodurch die Konsensualität des Verstehens einleuchtend werde.

Die Karl Hahn wichtigen Aspekte werden abschließend in einem schönen, vertrauten Gespräch zwischen ihm und dem Herausgeber beleuchtet. Leidenschaftlich und in einem beeindruckenden Anachronismus, der das Potenzial zur Avantgarde hat, tritt er für den Bezug zu der »alle verbindenden Wahrheit« ein (S. 174), der in der Pluralität von Auffassungen und Philosophie- men zu erkennen bleibt. Teleologischen Geschichtskonstrukten, wie dem Zielpunkt der Aufklärung, erteilt Hahn aber eine klare Absage. Sie führt zu einem Funktionalismus und damit zum Zerfall der politischen Ligaturen. Mit einer »Diskursethik«, die Geschichte und Kontingenz ausblendet und zugleich »nachmetaphysisch« zu sein beansprucht, wird sich diese Problematik nicht lösen lassen, die Hahn, bis in die Verwerfungen des 20. Jahrhunderts und die Erosionen Europas in der Gegenwart verfolgt. Orientierend bleibt letztlich ein Movens der Liebe, das auch die politische Reflexion nicht verlassen darf – und die Einsicht, dass die »Geschichte der Philosophie die Geschichte der Entdeckung der Gedanken über das Absolute ist«, die Hahn letztlich doch Hegel verdankt.

Erkennbar wird so die Kontur eines Selbstdenkers, der vor der Substanz großer Traditionslinien und einer – auch schmerzlichen – Lebenserfahrung Freiheit und Ethos neu zu denken fordert und unter die Meister der Politischen Theorie der Gegenwart gehört.

Harald Seubert

Christoph HENNING: *Marx und die Folgen*, Stuttgart: J.B. Metzler 2017, 154 S., € 16,95

Karl Marx ist tot, doch seine Ideen erleben spätestens seit der Finanzkrise – seit dem »Krieg der Banken gegen das Volk« (Michael Hudson) – nicht nur unter Linken, eine Renaissance. Marx fasziniert bis heute. Bereits vor 150 Jahren analysierte er die Zerstörungskraft des Kapitalismus und plötzlich scheint ausgerechnet das Gesetz vom tendenziellen Fall der Profitrate der globalisierten Wirklichkeit sehr nahe zu kommen.

Christoph Henning will zeigen, dass die Thesen von Marx »kein Schnee von gestern« sind« (143).

Gleich zu Beginn seiner Studie verweist Christoph Hennig auf die Aktualität von Karl Marx. Heute sehe »es eher so aus, als könne man in Sachen Marx das ›kurze‹ 20. Jahrhundert (1914–1990) überspringen« (S. 1). Nicht nur der »Flügelkampf innerhalb der Arbeiterbewegung« erinnere an den »Ausgang des 19. Jahrhunderts«. Auch »die rechte Reaktion auf die zunehmenden sozialen Verwerfungen« ähnele sich: Der Nationalismus wachse wieder, in dessen Folge »der Kontinent, ja die ganze damalige Weltordnung im Ersten Weltkrieg« zerbrochen sei.

Schon der erste von Marx in der *Rheinischen Zeitung* publizierte Aufsatz vom Mai 1842 sei, wie Hennig unterstreicht, »ein Paukenschlag«. Für Henning artikuliere Marx an dieser Stelle eine »frühe Kritik an Kommerzialisierung und Verdinglichung«, wie sie »besonders das Bürgertum« bevorzuge (S. 24). Diese Kritik, »die sich hier nur angedeutet« findet, habe »Marx 18 Monate später weiter zu einer fulminanten Kritik des bürgerlichen Rechts« entwickelt, »vor allem des neu ausgerufenen Menschenrechts« (S. 29).

Christoph Henning kommt schließlich zur einem entscheidenden Punkt: der Marxschen Kritik der *Politik* (S. 35). Marx seien, angesichts der schleppenden politischen Bewegung in Deutschland und der englischen Sozialpolitik seit 1832, »die Grenzen der Politik« deutlich geworden (S. 36). Er habe daraus den Schluss gezogen, »dass der Politik generell enge Grenzen gesetzt« sind (S. 40). »Denn auch ein Staat, der anderes« vor habe, könne »am Ende nicht viel ausrichten: Frankreich habe zwar Lösungen befohlen und einige Eigentümer geköpft« (MEW 1, 401), habe »damit aber ebenso wenig gegen die Verarmung ausrichten« (40) können. Man säge nicht am Ast, auf dem man sitzt (MEW 1, 402) (S. 41).

»Die Marxsche Krisentheorie«, schlussfolgert der Autor, habe »die Grenzen bisheriger Lösungsvorschläge« aufgezeigt und »Wege in eine postkapitalistische Gesellschaft« gewiesen (S. 72). Die Theorie der ›Ausbeutung‹ sei »ebenso zentral, da diese auch in Zeiten ohne Krise evident« sei. Die »Ausbeutungstheorie« weise nach Marx »über den Kapitalismus hinaus«, denn sie lasse »sich durch Lohnerhöhungen nicht aus der Welt schaffen«. Gerechtigkeitsargumente gegen »diese Form der Ausbeutung« (John Rawls) bewirkten

wenig: »Ausbeutung« sei »im gegebenen Recht gerade keine Ungerechtigkeit«, sondern »entspricht diesem Recht« (S. 73). »Überwinden« lasse sie sich, nach Marx' Überzeugung nur, »wenn das System überwunden« werde, »innerhalb dessen Ausbeutung zur Normalität« gehöre.

»Erst mit dem tendenziellen Fall der Profitrate« habe »Marx einen fatalen Widerspruch formuliert, der über den Kapitalismus hinaustreibe: »Die wahre Schranke der kapitalistischen Produktion ist das Kapital« (MEW 25, 260)« (S. 83). »Selbst die jüngsten Finanzkrisen«, meint Hennig, ließen »sich auf diese Weise deuten« (S. 82). Staatsbürger trügen »das Risiko« und zahlten »drauf, während Spekulationsgewinne der »Glücksritter« an der Börse (MEW 25, 456) ohne Risiko maximiert« werden könnten (S. 83). Eine »gute Gesellschaft«, so Hennig weiter, müsse »sich ihrer körperlich, seelisch und ökologisch destruktiven Dynamik entledigen« (S. 84).

Der Autor kommt zu dem Schluss: »Wenn die Marxsche Diagnose auch nur annähernd zutrifft, dann hat sie gravierende Folgen für die Politik« (S. 85). »Auch jahrzehntelange Bemühungen, das kapitalistische Wirtschaftssystem ökologisch zu zähmen«, hätten »wenig Erfolg« (S. 86) gehabt. Außerdem verteile sich »kapitalistischer Reichtum stets ungleich, was sozialen Sprengstoff« bringe. Märkte kennen »keine Garantie« dafür, dass der »kapitalistische Gewinn automatisch zum Vorteil der Schlechtergestellten« ausfalle (S. 86).

Am Ende gibt Hennig einen Überblick über die »produktiven Anknüpfungen an die Theorien von Marx, die es heute wieder« gibt (S. 3). Parallel zu der »Wiederkehr eines marxistisch inspirierten Feminismus« näherten sich auch »ökologische Ansätze Marx wieder an« (S. 107). Zu den »produktiven Anknüpfungen« zählt Hennig auch den Postkolonialismus. »Ähnlich wie in der Frauen- und Umweltbewegung« habe es »im Postkolonialismus spätestens nach 1989 unter dem Einfluss von Foucault und Derrida einen Trend weg von Marx und dem europäischen Universalismus hin zur Betonung kultureller Differenz« gegeben (S. 112). In der »Reaktion auf Marx im 20. Jahrhundert« gäbe es nach Auffassung des Autors, »ein relativistisches Argument«, das besage, »Marx möge zwar zu seiner Zeit recht gehabt haben, zu unserer Zeit allerdings gelte seine Diagnose nicht mehr« (S. 134).

Für Henning sei deutlich geworden, dass die Thesen von Marx »kein «Schnee von gestern» sind« (S. 143), sondern nach wie vor hohe Aktualität besitzen. »Mit der nicht enden wollenden ökonomischen Krise, mit der drastischen Klimaveränderung und den »globalen Fluchtbewegungen«, stünden uns »eine erneute Auseinandersetzung mit den Auswirkungen kapitalistischen Wirtschaftsmodells bevor«. Nach Marx könnten »weder nationale Sonderwege noch der Glaube an Selbstheilungskräfte des Marktes langfristig weiterhelfen«. Es bedürfe »mehr denn je der entschlossenen internationalen Solidarität, gerade unter Ermiedigten und Beleidigten« (S. 100): »Es ist an der Zeit, sich der radikalen Kapitalismuskritik von Marx und Engels zu vergewissern. Man müsse sie »nicht in allem teilen«, aber es sei »noch immer inspirierend, sie als mahnende Stimme im Detail zu kennen« (S. 143).

In der Tat, wer die moderne Gesellschaft verstehen will, der muss den Kapitalismus, die »schicksalsvollste Macht unseres modernen Lebens« (Max Weber) analysieren. Bei Marx' Kritik der politischen Ökonomie handelt es sich aber keineswegs um eine rein ökonomische Theorie, vielmehr um eine umfassende Gesellschaftstheorie. Marx übersetzt die idealistische Dialektik Hegels ins Materialistische. All dies gilt es zu beachten, wenn man nach der Aktualität seiner Kapitalismuskritik fragt.

In der von der Neoklassik dominierten Volkswirtschaftslehre spielt Marx (nach wie vor) keine Rolle, obgleich er »einer der innovativsten Theoretiker aller Zeiten« (Ulrike Herrmann) ist. Ohne Marx kein Joseph Schumpeter. Die Finanzkrise hat die Ökonomen, die an Gleichgewichtsmodellen arbeiten, kalt erwischen, lautet ein populärer Vorwurf. Die »wissenschaftliche Kritik« ist sich über die »ungelösten Schwachstellen« des Marxschen Kapitals einig: Arbeitswerttheorie, Transformationsproblem (Transformation vom Wert zum Preis), Verelendungs- und Geldtheorie und das Gesetz vom tendenziellen Fall der Profitrate (Werner Plumpe). »Die maßgebliche Kritik von Joseph Schumpeter« an Marx, so Plumpe weiter, werde »von der modernen Forschung zumeist geteilt«. Eine Antwort auf die »Strukturprobleme der modernen Wirtschaft« habe Marx nicht. Für Nikolaus Piper liegt das »bleibende Verdienst von Karl Marx« darin, »erkannt zu haben, dass sich der Kapitalismus« verändere und dass »Kri-

sen Teil dieser Entwicklung« sind. Reine »Metaphysik« sei hingegen »die Werttheorie und mit ihr die Theorie vom Fall der Profitrate« (Nikolaus Piper).

Nach Hans-Werner Sinn sind die Marxschen Krisentheorien hingegen »hochaktuell«: »Neben und eigentlich noch vor der Unterkonsumstheorie« komme »der Theorie vom tendenziellen Fall der Profitrate [...] eine besondere Bedeutung zu [...] (Sinn). Für Joseph Schumpeter, gebe es zwar den »tendenziellen Fall der Profitrate«, nur habe er andere Ursachen (Sinn). In Marx' deterministischer Geschichtsphilosophie erscheinen die Unternehmer nicht als eigenständig frei Handelnde, vielmehr als Werkzeug der »Bewegungsgesetze des Kapitalismus«. Schumpeter hebt, anders als Marx, den Akt des Innovators und »schöpferischen Zerstörers« als Motor kapitalistischer Wohlstandsmehrung hervor. Der Wettbewerb führe folglich nicht in den »Untergang des Kapitalismus«, sondern sei »Anreiz für neue Innovationen« (Piper). Es ist die Konkurrenz, die Marx völlig unterschätzt hat. Sie hält den Kapitalismus lebendig und entzieht der sozialen und politischen Revolution den Boden. Die Konkurrenz führt nicht zur »Spaltung der Gesellschaft in zwei große, einander direkt gegenüberstehende Klassen; Bourgeoisie und Proletariat« (Marx, Kommunistisches Manifest), sondern zur Selbstdifferenz der Kapitalistenklasse und der des Gesamtarbeiters. Die Bewegung der Gesellschaft ist folglich das Ergebnis der Politik und der Konkurrenz und nicht des Klassenkampfes.

Marx, einer der ersten Theoretiker der Globalisierung, prophezeite, dass die »Bourgeoisie« angesichts des tendenziellen Falls der Profitrate, »ihre eigenen Totengräber« (Manifest) produziere. Die weltwirtschaftliche Realität weist gegenwärtig in eine andere Richtung. Der Weltwirtschaft geht es so gut wie lange nicht mehr – das zeigen Daten des IWF. Die (westliche) Weltwirtschaftswelt hat aktuell ein anderes Problem als den Fall der Profitrate: Es ist der Vertrauensverlust in Globalisierung und liberale Demokratie in Folge der gewachsenen Ungleichheit. Vor dem Hintergrund der gewachsenen globalen Ungleichheit gewinnt Marx' zweites Erklärungsmodell für Krisen, die ungleiche Verteilung des »Mehrwerts«, auch in den Ländern des Westens, besondere Aktualität.

Marx beschreibt Geschichte des Kapitalismus als die Geschichte der wachsenden sozialen Un-

gleichheit und seiner Krisen. Er wusste »the economy is stupid«, zog aber die falsche Konsequenz, er wollte die Marktkonkurrenz beseitigen. Er war Gefangener seiner Zeit und seiner Philosophie und konnte so die Bedeutung von Staat, Recht und Moral für ein geregeltes Nebeneinander der Freiheit der Individuen, nicht erkennen. Der Moral und der Politik sprach Marx einen selbständigen Geltungsanspruch ab. Die Konkurrenz ist der Motor des Systems, die Dynamik und Innovation ihr Ausdruck. Die Krisenanfälligkeit ist aber kein Systemfehler, sondern der Kern des Systems. Als »Entdeckungsverfahren« (Friedrich August von Hayek) sind Märkte unverzichtbar. Märkte sorgen dafür, dass die Zukunft offen und gestaltbar bleibt. Man könnte argumentieren, dass sich nicht das Proletariat als der welthistorische Gegenspieler des Kapitals erwiesen hat, sondern dass diese Rolle die staatlichen bzw. zunehmend die überstaatlichen Institutionen übernehmen. Dass Marx die Spielräume innerhalb des Kapitalismus und der Demokratie nicht erkennen konnte, ist nicht allein seiner Zeit, sondern vor allem seiner anthropologischen Geschichtsphilosophie geschuldet. Sie zieht sich durch das gesamte Werk. Wer Großes denkt, der irrt auch groß!

Karl Popper war der Ansicht, Marx' Ansatz verdiene trotz »der Fehlerhaftigkeit seiner Analyse«, das Phänomen der Ausbeutung zu erklären, »größte Beachtung«. Er sei nicht nur Ausdruck seiner »Einsicht in die Bedingungen seiner eigenen Zeit«, sondern auch »seiner« unbesiegbaren humanitären Gesinnung und für seinen Gerechtigkeitssinn. Marx liefere uns eine »implizite ethische Theorie«, die in seinen Wertungen der sozialen Institutionen zum Ausdruck komme. Aus Marx' Perspektive ist die Politik ohnmächtig und kann die ökonomische Realität nicht entscheidend verändern. Kapitalismus und Globalisierung sind aber keine Naturgesetze, denen wir hilflos ausgeliefert sind. Sie sind Gestaltungsaufgaben der Politik und der Zivilgesellschaft. In der Demokratie »besitzen wir die Schlüssel zur Kontrolle der Dämonen« (Popper). Marx gewinnt seine Aktualität nicht nur als Krisentheoretiker des Kapitalismus, sondern auch als Kritiker eines grenzenlosen Liberalismus. Popper sieht in Marx einen Kritiker eines Liberalismus, der »die Freiheit mit der formalen Freiheit« gleichsetzt, »die damals in einem sozialen System bestand, das die

Freiheit zerstörte« (Popper) – »Der ›wissenschaftliche‹ Marxismus ist tot. Sein Gefühl für soziale Verantwortung und seine Liebe für die Freiheit müssen weiterleben.«

Fazit: Christoph Henning gibt uns nicht nur eine sehr gute Einführung in das Denken von Karl Marx; er lädt auch ein, sich von ihm inspirieren zu lassen und über ihn hinaus zu denken. Der Autor stellt die »produktiven Anknüpfungen an die Theorien von Marx« in den Mittelpunkt seiner Studie, ohne Marx, der gerade »im Politischen vieles unbestimmt gelassen« hat, aus der Verantwortung für all die Untaten zu entlassen, die in seinem Namen begangen wurden. Auf ein persönlich-psychologisches Porträt wie auch auf eine Kritik Marxscher Theorien, insbesondere seiner dialektischen Geschichtsphilosophie, wird hingegen verzichtet. Ja, Marx inspiriert – und Christoph Henning tut dies auch.

Bruno Heidberger

Hans JOAS: Die Macht des Heiligen – Eine Alternative zur Geschichte von der Entzauberung, Berlin: Suhrkamp 2017, 543 S., € 35

In der westlichen Welt hat die Religion in den letzten Jahrhunderten massiv an Einfluss verloren. Dass sich dieser Prozess fortsetzen wird, auch das erwarten viele. Dem möchte der renommierte Soziologe Hans Joas in seinem neuen Buch widersprechen: Die Religion befindet sich im Gegenteil sogar auf dem Vormarsch.

In den Wissenschaften hat Max Weber mit seinem Wort von der Entzauberung dafür gesorgt, dass sich ein Fortschrittsverständnis verbunden mit einem Niedergang der Religionen eingebürgert. Bis weit in die Antike reichen für Weber Prozesse der Entzauberung und der Rationalisierung zurück. Dieses Verständnis, mit dem Weber die weitere intellektuelle Debatte nachhaltig prägte, ist für Joas im Grunde eine große Erzählung, die sich als Illusion entlarven lässt.

Denn für Joas subsumiert Weber unter dem Wort Entzauberung sehr unterschiedliche Aspekte, die miteinander wenig gemein haben und die daher kaum dazu taugen, den Niedergang der Religion als einen Jahrtausende langen Prozess zu beschreiben. Die Propheten des Alten Testaments bekämpften nach Weber vor allem die Magie. In Wirklichkeit ging es diesen Propheten

nach Joas jedoch darum, ihren Gott zunehmend aus der diesseitigen Welt hinaus in eine jenseitige als Ort des Heiligen zu versetzen. Ähnlich verhält es sich beim radikalen Protestantismus, dessen Ziel für Joas gerade nicht die völlige Säkularisierung war, sondern eine ›radikale Transzendenitalisierung‹.

Während die erste Hälfte des Buches durchaus akribisch Webers Begriff der Entzauberung historisch herleitet, geht es Joas im zweiten Teil darum, *eine Alternative zur Geschichte von der Entzauberung* zu entwickeln, um dadurch die Macht des Heiligen vorzuführen. Dazu schließt Hans Joas an den Gedanken einer Achsenzeit von Karl Jaspers an: Zwischen 800 und 200 vor Christus entstehen in Indien, China, Persien und im Judentum neue religiöse Vorstellungen sowie parallel dazu auch noch die antike griechische Philosophie. Alle zusammen verabschieden die bis dahin vorherrschenden Mythologien, in denen Götter- und Menschenwelt relativ eng miteinander verflochten sind. Stattdessen bemühen sie sich um ein distanzierteres Verhältnis zwischen den Menschen und Gott.

Trotzdem verwundert es, warum Joas den Begriff der Achsenzeit von Jaspers aufgreift. Die Geschichtswissenschaften haben wenig gute Belege für dieses Konzept der Achsenzeit gefunden. Doch Joas will nicht nur ein säkulares Fortschrittsdenken verabschieden, sondern ein anderes historisches Verständnis für religiöse Perspektiven entwerfen. Mit der Achsenzeit beruft er sich auf ein geschichtsphilosophisches Modell, das sich ähnlichen, religiös konservativen Bemühungen im 20. Jahrhundert zugesellt, die Geschichtsphilosophie des Marxismus zu widerlegen, die sich tief ins Bewusstsein vieler Zeitgenossen eingearbeitet hatte. So präsentiert Joas Buch *Die Macht des Heiligen* einen großen Generentwurf zum säkularen Selbstverständnis.

Dabei darf man allerdings einwenden, dass die Geschichtsphilosophie bereits 1951, als z. B. Eric Voegelin *Die neue Wissenschaft der Politik* veröffentlicht, nicht mal mehr im Neomarxismus, geschweige denn in den Wissenschaften noch eine nennenswerte Rolle spielt: Jede Geschichtsphilosophie bleibt doch eine beliebige Interpretation von Geschichte. Mag auch Webers Begriff der Entzauberung inkohärent und unzutreffend sein, so ändert das wenig am Faktum, dass anders als im Hochmittelalter die Religion in der westlichen

Welt heute sozial und politisch keine beherrschende Rolle mehr spielt.

Doch für Hans Joas sollte sie das nicht nur, sondern sie wird es auch wieder, renoviert er die Geschichtsphilosophie in christlicher Perspektive, der sich diese ja auch ursprünglich verdankt. So insistiert Joas im Anschluss an William James auf der Objektivierbarkeit religiöser Erfahrungen im Alltag. Nach James erweisen sich betende Menschen als moralisch. Nach Joas können sich religiöse Menschen besser selbst beherrschen: »Das Opfer zum mindesten unserer Bequemlichkeit, vielleicht aber sogar großer Vorteile oder unserer ganzen Existenz, kann uns als durch und durch sinnvoll erscheinen.« (S. 440)

Vor diesem Hintergrund präsentieren sich religiöse Transzendenzerfahrungen, die den Gläubigen an das Heilige binden und die sein Handeln durch religiöse Ideale lenken, nicht als zufällige einzelne unbeweisbare Behauptungen, sondern als universell zum Menschen gehörend. Ja, Transzendenzerfahrungen machen den Menschen letztlich zum Menschen. Dazu zitiert Joas Ernst Troeltsch mit den Worten: »Das Jenseits ist die Kraft des Diesseits.« (S. 198) Das bedeutet, »dass Heiligkeit aus der Transzendenz ins Mundane ausströmt und nicht in der Transzendenz verbleibt.« (S. 352) Das ergibt: »Zumindest im Sinne der Existenz von Transzendenzvorstellungen kann hier unleugbar von einer Tatsache gesprochen werden.« (S. 422) Diese setzen sich in die historische Realität um. Wenn die Welt religiös wird, setzt sich die Religion historisch durch, nicht die Rationalisierung, nicht der Sozialismus.

Daraus leitet Joas seine politischen und wissenschaftlichen Forderungen ab. Einerseits führt die Transzendenz des Göttlichen dazu, dass Politik und Religion nicht mehr zusammenfallen, wie man es noch im antiken Polytheismus beobachten kann. Umgekehrt werden aus einer transzendenten Religion heraus jedoch weitreichende Ansprüche an Politik und Gesellschaft gestellt, um das Leben der Menschen religiös zu gestalten. »Die Macht des Heiligen zeigt sich bei der Rechtfertigung wie bei der Infragestellung politischer und sozialer Macht, weil die Bindung der Menschen an das von ihnen erfahrene Heilige eine ihrer stärksten Motivationsquellen darstellt.« (S. 20)

Da im Liberalismus die Frage der Gerechtigkeit die Grundlage von Politik und Recht ist,

werden Vorstellungen vom ethisch richtigen Leben oder gar vom Heiligen auf private Bereiche abgeschoben. Das Gerechte hat gegenüber dem Guten mehr als einen politischen Primat. Dieses Verhältnis dreht Joas um: »Fundamentalier als (...) Gerechtigkeitsfragen sind aus meiner Sicht dagegen die Dynamiken der Heiligkeitserfahrung und ihrer Interpretation, die den Rahmen erst hervorbringen, in dem solche Fragen gestellt werden können.« (S. 372)

Wenn dagegen die Sozialwissenschaften die Religion als einen Teilbereich der Gesellschaft unter vielen anderen betrachten, dann berauben sie damit die Religion ihrer umfassenden Wahrheitsansprüche, die für Joas natürlich in die Gesellschaft hineinreichen. Aus der Transzendenz ergeben sich massive politische Ansprüche der Religion, gipfelt sein Buch in der These: »Religion hat Spezifika, aber diese liegen nicht in einer kulturellen Spezialisierung aufs Religiöse. Ihr Verhältnis zur Kultur insgesamt ist nicht das einer Kultursphäre zur anderen. Gläubige und ihre sozialen Organisationen erheben Ansprüche auf die Gestaltung aller Kultursphären und Funktionssysteme, wenn sie ihren Glauben ernst nehmen.« (S. 416)

Joas will damit zwar keine fundamentalistischen Ansprüche formulieren. Aber er fordert dazu auf, sich sowohl nicht mehr an den Naturwissenschaften zu orientieren, als auch die Sozialwissenschaften von Vorstellungen zu befreien, dass die Gesellschaft sich immer weiter differenziert und komplexer wird. Das zielt ins Herz einer Moderne, in der an vielen Orten nicht mehr religiös gedacht wird und die Religion höchstens als ein spezielles Kulturphänomen analysiert wird.

Stattdessen sollen sich nach Joas Gesellschaft und Wissenschaften von religiösen Vorstellungen leiten lassen. Dass dabei einer säkularen Wissenschaft droht, ihre Eigendynamik zu verlieren, dass sie sich nicht mehr selbstständig ihre Gegenstände suchen darf, dass sie sich nach Joas nicht mehr mit allem beschäftigen darf und bei bestimmten Dingen nur aus religiösen Perspektiven, offenbart eine bereits am Anfang des Buches beinahe beiläufig hingeworfene Frage. Max Weber hatte 1909 in einem Brief geschrieben: »Ich bin (...) religiös absolut unmusikalisch« (S. 281). Trotzdem hat er sich umfänglich mit Religionssoziologie beschäftigt und entwickelt da-

bei den für Joas irreführenden Begriff der Entzauberung.

So stellt Joas die hintersinnige Frage: »Darf man wirklich ›religiös unmusikalisch sein‹, wenn man über Religion arbeitet? Dürfte man im wörtlichen Sinn unmusikalisch sein, wenn man die Musikwissenschaft zu seinem Arbeitsgebiet gewählt hat?« (S. 28) Die Antwort geben die folgenden, gut 400 Seiten des Buches: Nein! Die Religion muss nach Joas vor säkularen Zugriffen nicht nur geschützt werden. Gläubige sind für ihn legitimiert, anderen Menschen Vorschriften zu machen, weil sie ihre Ideale aus einem transzendenten Heiligen ableiten. Das war und bleibt für Joas *Die Macht des Heiligen*.

Umgekehrt darf man religiöse Menschen nicht aus säkularen Wissenschaften ausschließen, gerade weil ihr Weltverständnis transzendent nicht von dieser Welt ist. Natürlich darf man dann auch nicht in Frage stellen, ob ein transzendentes Weltverständnis die Welt richtig versteht, ob es zu den richtigen politischen Einsichten führt. Nein, so wie er es versteht, ist die Welt richtig verstanden. Da muss man nicht zuerst in die Welt, sondern ins transzendent Heilige schauen. Das gelingt zwar nach Joas nicht allen religiösen Menschen. Es gilt daher zwischen der wahren transzendenten Religion und jener zu unterscheiden, die diesen Anspruch nicht hinlänglich erfüllt. Das ist eine weit verbreitete Unterscheidungsweise.

Hans-Martin Schönherr-Mann

Skadi Süri KRAUSE (Hg.): *Erfahrungsräume der Demokratie. Zum Staatsdenken von Alexis de Tocqueville*, Stuttgart: Franz Steiner 2017, 258 S, € 49,00.

Dieser Band ist in der von Rüdiger Voigt betreuten Reihe *Staatsdiskurse* erschienen. Die Herausgeberin, Skadi Krause, hat an der Universität Halle-Wittenberg über Tocqueville gearbeitet.

Sie eröffnet auch die inhaltlichen Interpretationen mit einem Text über das Verständnis Tocquevilles von ›Volkssouveränität‹. Dabei betont sie, wie nachhaltig Tocqueville von der Praxis der Selbstverwaltung in Amerika beeindruckt war. Einem elitären Verständnis von Repräsentation, das erstens den Kreis der Wahlberechtigten auf gebildete und wohlhabende Kreise einschränkt

und das zweitens die Repräsentanten von der Kontrolle durch die Wähler / Repräsentierten abkoppelt, setzt er die amerikanische Erfahrung entgegen, die vielfältige Bürgerbeteiligung und Transparenz des Staatshandelns fordert und praktiziert. Selbstregierung wird gelernt und es muss eine politische Kultur der Selbstregierung und Bürgerbeteiligung geben, damit der demokratische Prozess nicht verknöchert. Das ist eine zentrale Lehre der Vereinigten Staaten für das alte Europa, die Tocqueville in seinem Amerikabuch verarbeitet.

Auf diesen Linien argumentiert die Herausgeberin auch in ihrem zweiten Beitrag, der über Tocquevilles Verständnis der Demokratie nicht nur als politisches Strukturprinzip handelt, sondern sie simultan als »Staats-, Gesellschafts- und Lebensform« auffasst. Wichtig ist hier ihre Betonung von *kollektiven* Freiheitsrechten, die verstärkt zuletzt in der Debatte zwischen Liberalen und Kommunitaristen eruiert wurden, denn es ist klar, dass das Assoziationswesen, das nach Tocqueville in der modernen Demokratie an die Stelle trauriger ‚intermediärer‘ Gewalten tritt, die noch bei Montesquieu eine große Rolle spielten, nicht auf klassischen *individuellen* Freiheitsrechten im engen Sinne aufruht. Eine eng individualistische Interpretation der Demokratie beschreibt nach Tocqueville eine bedrohte, eine verkümmernende Form freiheitlichen Lebens.

Interessant ist Oliver Hidalgos Beitrag zur Frage der Religion bei Tocqueville. Er geht davon aus, dass Tocqueville der Religion eine grundlegende Rolle bei der Stabilisierung von politischen Gesellschaften zuweist, denn hier liege das Zentrum der Generierung von gesellschaftlichen Werten, die für gesellschaftsfördernde Sitten wichtig sind. Aber was passiert in modernen Gesellschaften, die durch die Aufklärung hindurchgegangen sind, mit der Religion? Was sind die Bedingungen dafür, dass die Religion ihre gesellschaftliche Rolle weiterhin erfüllen kann? Grundlegend ist die Trennung von Politik/Staat und Religion/Kirche, denn die Identifizierung dieser Bereiche, die Vereinnahmung von Religion und Kirche für bestimmte politisch-staatliche Zwecke muss die Religion vor dem Hintergrund politischer Pluralisierungsprozesse kompromittieren, erst für diese Gruppe, dann für jene Gruppe und im Ergebnis generell. Nach Hidalgo differenziert Tocqueville indes auch zwischen Protes-

tantismus einerseits, der sich wesensmäßig in Sekten ausdifferenziert, die dem Vordringen des Unglaubens weniger Widerstand leisten können, und Katholizismus andererseits, dessen Hierarchie sich gestützt auf universalistische Ansprüche besser gegen agnostische Tendenzen und den immanenten Individualismus moderner Gesellschaften behaupten kann. Das ist interessant, aber der Zweifel bleibt, ob die Religion weiterhin die ihr von Tocqueville zugeschriebene Aufgabe spiele kann.

Alan S. Kahan und Jimena Hurtado schreiben im wesentlichen über die gleiche Problematik: Tocquevilles Wahrnehmung, dass die moderne Demokratie zwar eine Gesellschaft ist, die ideell auf der gleichen Chance für alle beruht, nach Glück, nach Freiheit und Wohlstand zu streben, dass es aber in liberaldemokratischen, kapitalistischen Marktgemeinschaften gleichwohl augenfällige und extreme Differenzierungsprozesse zwischen Arm und Reich gibt, explodierenden Wohlstand einerseits und extreme Verelendung andererseits. Das Gleichheitsversprechen demokratischer Gesellschaften, das implizit ein Versprechen gleicher Wohlstandschancen für alle ist, bricht sich an der kapitalistischen Realität. Nun, Tocqueville ist kein Sozialist, denn für ihn wäre Sozialismus eine neue Form der (Staats-)Despotie, also sucht er nach Mitteln, die Armut zu bekämpfen, jedenfalls zu mäßigen, innerhalb des Rahmens der bürgerlichen Gesellschaft. Das alles ist nach meinem Dafürhalten weder analytisch noch politisch sonderlich originell – auch gemessen an zeitgenössischen Diskursen, aber es verdient doch festgehalten zu werden, dass Tocqueville nicht rein politisch denkt, sondern zu jenen gehört, die eine Verkrüppelung des Projekts der politischen Demokratie durch das wachsende Auseinanderklaffen von Arm und Reich sehen, das die Basis für politische Gleichheit, eine annähernde soziale Gleichheit, erodiert.

Dirk Jörke hat sich anscheinend vorgenommen, die moderne Massendemokratie gegen Tocqueville zu verteidigen, dem er aristokratische und elitäre Vorurteile unterstellt, ohne sich indes mit seinen Positionen tiefgehender auseinanderzusetzen. Aber einfach abtun lässt sich Tocquevilles skeptische und kritische Haltung zur modernen Massendemokratie nicht, wenn wir auf die Wahl Louis Bonapartes zu Tocquevilles Zeiten blicken (die Marx erhellend kommentiert

hat), aber auch wenn wir auf spätere, durchaus auch jüngste Wahlen blicken. Institutionen, wie bestimmte Wahlverfahren und eine wirksame Gewaltenkontrolle, spielen eine wichtige Rolle, aber die politische Reife der Menschen und der politischen Kultur ist für das Funktionieren der Demokratie mitentscheidend. Das exponiert zu haben ist gerade ein wichtiges Vediens Tocquevilles, was Jörke nicht würdigt. André Jardin hat bei seiner Exposition der *Démocratie* für entscheidend erklärt, dass in Tocquevilles Augen seinerzeit »das Volk der Vereinigten Staaten das Volk mit dem höchsten Bildungsstand der Welt [war]. Dieser aufgeklärte Patriotismus und dieser reflektierte und kritische Bürgersinn stellen die entscheidenden Voraussetzungen für die Existenz der amerikanischen Demokratie dar.« (Jardin: Alexis de Tocqueville, 1991, S. 195) Ob Tocqueville immer noch dieser Meinung wäre? Damit soll Tocqueville nicht gegen Kritik immunisiert werden; man denke etwa an seine Positionierung für eine aktive französische Kolonialpolitik, insbesondere in Algerien.

In diesem Band finden sich sodann auch Beiträge, die versuchen, Tocquevillesche Positionen auf die Gegenwart zu beziehen, so wie Albert W. Dzur über die Juries/Geschworenengerichte schreibt: Man erfährt, dass der Anteil von Prozessen, die in den USA vor Juries geführt werden, seit der Zeit Tocquevilles stark zurückgegangen ist, im Bereich der Strafjustiz auf vielleicht noch etwa 5 Prozent, was sich wohl aus der Formalisierung und Schwerfälligkeit dieses Verfahrens erklärt. Aber Dzur bedauert das, denn er teilt im Kern Tocquevilles Position, der sich John Stuart Mill anschloss, dass das richterliche Ehrenamt neben der Kommunalpolitik und dem Assoziationswesen eine wichtige »Schule« für die Entwicklung bürgerlichen Bewusstseins sein kann. Er hadert mit diesen Autoren, insofern sie vor allem auf den Aspekt der Belehrung der Geschworenen durch die Berufsrichter abheben, »top-down«, denn er sieht auch Prozesse wechselseitiger Belehrung der Geschworenen, auf der »Peer-«Ebene, und des Hineintragens von bürgerlichem *Common Sense* in das Justizsystem, »bottom-up«; vor allem aber hadert er mit Vorschlägen, durchaus von linker und liberaler Seite, das Justizsystem unter Verweis auf Sensationsberichterstattung, Infotainment, Hasskampagnen und sich verselbständigenden Vorurteilsstruktur-

ren in den »social media« gegen Populismus abzuschotten. »Der Weg zu einem weniger strafenden und mehr restaurativen Strafjustizsystem«, schreibt er, »ist nicht durch die Entpolitisierung der Justiz, sondern durch das Gegenteil, die Re-politisierung des Rechtssystems als einer öffentlich unterweisenden Praxis umzusetzen.« (S. 175)

David Lewis Schaefer konzentriert sich in seinem Beitrag zur Frage des Föderalismus auf zwei aus Gegenwartssicht wichtige und bedrohliche Aspekte: die Ausweitung zentralstaatlicher Befugnisse und die Tendenz der Jurisdiktion, immer weitere Bereiche des Lebens im Rahmen ihrer Interpretationskompetenz der Verfassung als »living constitution« zu reglementieren. Die »Anti-Federalists« und Tocqueville haben zum Teil recht behalten und sich zum Teil getäuscht; sie haben insbesondere die zweite Tendenz nicht vorhergesehen.

Gegenstand dieses Bandes ist auch die Rezeption des Tocquevilleschen Werkes, so in dem Beitrag von Daniel Schulz zur Rezeption in Deutschland, wo nach seiner Beobachtung die Rezeption nach spärlichen Anfängen im 19. Jahrhundert lange Zeit schwach blieb, weil zunächst anti-demokratische Mentalitäten das Feld beherrschten und später anti-liberale Demokratie-Interpretationen wie die von Carl Schmitt an ihre Stelle traten, so dass die von Tocqueville explorierte Synthese von Liberalismus und Demokratie nicht zum Zuge kam. Überhaupt wäre wohl darauf hinzuweisen, dass in Deutschland seit dem späteren 19. Jahrhundert das Feld des politischen Denkens wissenschaftlich durch die Juristen beherrscht wurde. Für deutsche, oder genauer: westdeutsche Diskurse entdeckt wurde Tocqueville demnach erst nach 1945 vor allem durch Theodor Eschenburg, durch Ernst Fraenkel im Rahmen seiner Pluralismus-Theorie und durch Wilhelm Hennis – letzterer dann auch im Gegensatz zu anti-institutionellen Theorien von Vordenkern der Neuen Linken wie Jürgen Habermas und Claus Offe. (Siehe dazu den Aufsatz von Markus Linden: »Der lange Schatten von Weimar – Fraenkel und Habermas über Repräsentation« in dieser Zeitschrift, 2015, S. 377–399). Der Fehler, der hier vermieden werden muss, besteht darin, Tocqueville nicht wegen seiner Analysen der Gefahren der Massendemokratie zu einem Gegner der Massendemokratie umzudeuten.

Dem Beitrag von Juri Auderset über die Rezeption in der Schweiz ist zu entnehmen, dass

dort der liberale, anti-totalitären Diskurs sich eher auf Benjamin Constant und den Coppet-Kreis bezieht, als auf Tocqueville – abzulesen etwa an den Aktivitäten des Constant-Instituts in Lausanne. Dabei kann die Schweiz mit Jacob Burckhardt auf einen zeitnahen und wohl in mancher Hinsicht mit Tocqueville verwandten Autor verweisen, ebenso darauf, dass wichtige Tocqueville-Editionsarbeiten für den deutschsprachigen Raum in der Schweiz zu verorten sind.

Geschwätzig und von unklarer Gedankenführung sind die Ausführungen von Ahmet Cavulda zur Frage der Übertragbarkeit demokratischer Erfahrungen etwa auf den islamisch geprägten Raum.

Raimund Ottow

Wolfgang SEIBEL/Kevin KLAMANN/Hannah TREIS: Verwaltungsdesaster. Von der Loveparade bis zu den NSU-Ermittlungen, Frankfurt/New York: Campus 2017, 320 S., € 29,95

Der Titel des vorliegenden Buches des Konstanzer Verwaltungswissenschaftlers Wolfgang Seibel klingt reißerisch-martialisch (Seibel selbst spricht durchgehend »nur« von »Behörden«- oder »Organisationsversagen«). Wenn man sich jedoch alleine die beiden im Untertitel herausgehobenen Ereignisse vor Augen führt, die im einen Fall 21 und im anderen Fall zehn Menschenleben gefordert haben, ist der Titel jedoch fast noch eine Untertreibung. Abwegig ist er auf keinen Fall, zumal sich die entsprechenden Sachverhalte beliebig vermehren ließen: »Stuttgart 21«, »BER« und das Berliner »LAGESO« sowie aus allerjüngster Zeit der »Fall Amri« sind nur die gravierendsten Beispiele.

Kein Zweifel, das Bild von der perfekt geölten und funktionierenden deutschen Verwaltung hat deutliche Risse bekommen. Vor allem, aber nicht nur in außergewöhnlichen Lagen, bei Groß- und Massenvorhaben, scheint die Routine deutscher Verwaltungen deutlich an ihre Grenzen zu kommen. Ein ausländischer Rezensent des vorliegenden Buches hat denn auch in einer Mischung aus Verwunderung und Erleichterung unter der Überschrift »Cautionary tales from the birthplace of bureaucracy« konstatiert: »even in modern Germany, government misadministration

can have tragic effects« (Paul T Hart, *Inside Story* v. 12.3.2018). Insofern ist es mutig und mehr als verdienstvoll, sich dieser Thematik systematisch-wissenschaftlich anzunehmen. Das erscheint umso erforderlicher, als Verwaltungsversagen zwar ein strafrechtliches oder ein disziplinarrechtliches Nachspiel haben und sowohl medial, als auch politisch-parlamentarisch, etwa durch Untersuchungsausschüsse, zum Gegenstand werden kann, jedoch seltener verwaltungsintern untersucht wird (zutreffend S. 9). Die Jurisprudenz greift hier sichtlich zu kurz, weil sie sich zwar ausführlich mit »Verwaltungsfehlern« und deren Behebung befasst (vgl. nur: Friedhelm Hufen/Thorsten Siegel, *Fehler im Verwaltungsverfahren*, 2018), nicht aber mit ihren Ursachen oder gar ihrer Vermeidung. Genau darum geht es Seibel aber. Nicht Anklage ist dabei sein Ziel: Er will verallgemeinerungsfähige Ursachen aufklären (S. 9) und »Risiko«- und »Vorhersagefaktoren« im Interesse der »Prävention« generieren (S. 12/13). Neben den spektakulären Fällen der Loveparade und der NSU-Morde nimmt Seibel den Einsturz der Eislaufhalle in Bad Reichenhall am 2. Januar 2006 mit immerhin auch 15 Toten und die Vernachlässigung der Kindeswohlsicherung am Beispiel eines kleinen türkischen Mädchens in Hamburg aus dem Jahr 2014 ins Visier, ein Fall der wegen seines tragischen Endes bundesweite Aufmerksamkeit erregt hatte.

Diese Fälle werden mit Hilfe eines einheitlichen Rasters analysiert. Es wird zunächst die »besondere Charakteristik« des jeweiligen Falles dargestellt, dann (großteils auf der Grundlage amtlicher Unterlagen oder von Gerichtsentscheidungen) der »Gang der Ereignisse« detailliert rekonstruiert. Dem schließt sich die eigentliche verwaltungswissenschaftliche Fallanalyse an, die von folgenden Erkenntnisinteressen geleitet wird: Zum einen von »Wendepunkten und kritischen Weggabelungen« der jeweiligen Fälle, sodann von »notwendigen Bedingungen der behördlichen Fehlentscheidungen« und schließlich von »kausalen Mechanismen«. Hier ist sowohl die (verwaltungsmäßige) Frosch-, als auch die (wissenschaftliche) Vogelperspektive erforderlich, was vorliegend (die Fälle wurden von Studenten aufbereitet!) bewunderungswürdig gut gelungen ist.

So unterschiedlich und wenig vergleichbar alle vier Fälle auf den ersten Blick auch scheinen mö-

gen, so lassen sie doch auch interessante Gemeinsamkeiten erkennen, die Seibel in einem »vorläufigen Resümee« gekonnt und gewinnbringend zusammenfasst. Werden in den Fällen der Loveparade und des NSU die »Politisierung von Fachentscheidungen« (S. 279) und »politisch motivierte Opportunitätskalküle« (S. 281) als kausal für das Verwaltungsversagen diagnostiziert, so in den beiden anderen Fällen das Fehlen eines »vertieften Fallverständnisses« (S. 285) und die »schematische Anwendung bewährter Grundsätze« (S. 286), das berügtigte »Schema F«. In allen vier Fällen geht es übereinstimmend um interne und externe Einflüsse auf einzelne zu Bewertungen und Entscheidungen aufgerufene Mitarbeiter in Behörden und deren Verhältnis zueinander, generell-abstrakt: um »Ungleichgewichte von Externalisierungsdruck und Internalisierungsmechanismen« (S. 295). Seibel leitet daraus die folgende regelrechte Gesetzmäßigkeit ab: »Das Risiko sicherheitsgefährdenden Behördenversagens steigt (...) bei abnehmender Wirkung von Mechanismen der Internalisierung externer Effekte, zunehmendem Überwälzungsdruck auf Behördenseite und abnehmendem Überwälzungswiderstand auf Seiten potenziell Betroffener« (S. 295 f.). Für die Prävention folgt daraus nach Seibel folgendes: Sie muss sich »einerseits darauf richten, Externalisierungsdruck einzudämmen, andererseits darauf, Internalisierungsmechanismen und den Externalisierungswiderstand Betroffener oder ihrer Sachwalter zu stärken« (S. 296). Anders ausgedrückt: Die Verwaltungen sollten tunlichst äußerem, sachfremden Einflüssen, wozu natürlich auch politischer Einfluss zählt, widerstehen können. Dazu müssen Verwaltungen aber »ertüchtigt« und ermuntert werden! Was deshalb not tut ist, wie Seibel zu Recht betont, neben vielem anderen vor allem Transparenz, Verantwortung (dazu gehört ganz entscheidend: Zivilcourage und »Rückgrat«) und Lernen (S. 299 ff.). Gerade letzterem, der Ausbildung des Verwaltungspersonals, kommt ausschlaggebende Bedeutung zu (auch S. 295). Dem möglichen Beitrag des Rechts wird in diesem Zusammenhang zutreffend keine größere Relevanz beigemessen. Denn dass auch ein »Recht auf eine gute Verwaltung«, wie es etwa Art. 41 der Charta der Grundrechte der Europäischen Union gegenüber Unionsorganen einräumt, vor Verwaltungsversagen nicht schützen kann, dürfte auf der Hand liegen.

Seibel hat ein notwendiges und konstruktives Buch vorgelegt, welches, wissenschaftsgeschichtlich interessant genug, einen Faden aufgreift, der schon vor mehr als 30 Jahren gesponnen wurde (vgl. Carl Böhret/Werner Jann, »Verwaltungsskandale« in: APuZ Nr. 32/1982, S. 35). Auch damals schon ging es nicht (nur oder ausschließlich) um eine »Skandalogie« Deutschlands, sondern den Versuch der systematischen Erforschung von »Gesetzmäßigkeiten«. Seibels Buch geht unter die Haut, macht streckenweise wütend, sensibilisiert aber auf jeden Fall in hohem Maße. Es ist ein Lehrstück in Sachen Bürokratie. Wer lernen möchte, wie Bürokratie nicht funktionieren darf, und das sollte v. a. der Verwaltungsnachwuchs sein, muss zu diesem Buch greifen, das jedoch auch dem erfahrenen Verwaltungspraktiker einen Spiegel vorhält! So ist am Ende aus einem »Schwarzbuch der Bürokratie« ein »Weißbuch der guten Verwaltung« geworden. Nicht schlecht!

Michael Fuchs

Nathalie TOCCI: Framing the EU Global Strategy. A Stronger Europe in a Fragile World, Cham: Palgrave Macmillan 2017, 168 S., 32,09 €

Während Robert Menasse mit seinem Roman *Die Hauptstadt* einen literarischen Blick auf Brüssel wirft und die Pfade der sonst streng wissenschaftlichen Literatur zur EU verlässt, schlägt Nathalie Tocci mit ihrem Werk einen anderen, ebenfalls ungewöhnlichen Weg ein: Die Wissenschaftlerin des Instituto Affari Internazionali in Rom gibt einen Einblick hinter die Kulissen der Entstehung der neuen außenpolitischen Strategie der Union, die *EU Global Strategy (EUGS)* – und erzählt damit eine »broader story« der EU-Außenpolitik. Für die Strategie arbeitete Tocci erneut mit Federica Mogherini zusammen (die beiden kannten sich bereits aus der Zeit Mogherinis als italienische Außenministerin) und gibt auch deren Sichtweise, nun als Hohe Vertreterin (HV) der EU, wieder.

Die Autorin schildert ihre Perspektive des Entstehungsprozesses der Strategie mit wissenschaftlicher Stringenz. Jedes Kapitel untersteht einer Leitfrage. Auf die zunächst in Kapitel zwei gestellte Frage, »warum« die Union eine Strategie benötigt, folgt im dritten Kapitel durch die Darlegung des Entstehungsprozesses das »wie«. Dem

Inhalt der Strategie, also dem »was«, geht Tocci anschließend nach und schließt ihr Werk sodann mit Frage »nach dem was kommt« ab. Als Referenzpunkte dienen die European Security Strategy (ESS) von 2003 und deren Implementierungsbericht von 2008, beides verfasst vom damaligen Hohen Vertreter Javier Solana. Als Anhang beigefügt sind zum einen die strategische Analyse der geopolitischen Umwelt der EU (»The European Union in a Changing Global Environment«) sowie die darauf basierende EUGS.

Wenn die Autorin die Frage nach dem »Warum« stellt, möchte sie sowohl wissen, weshalb die EU überhaupt eine Strategie benötigt, als auch warum eine neue Strategie für die Union angestrebt wurde. Tocci blickt für die Antworten auf die geopolitische Situation zur Entstehungszeit der ESS: Die EU befindet sich 2003 auf dem Höhepunkt ihrer Integrationsgeschichte und lediglich der Irak-Krieg schafft einen intra-europäischen Riss, den Solana mit seiner Idee des »effective multilateralism« kitten möchte. Derart günstige Bedingungen finden Mogherini und Tocci nach einer strategischen Reflexion der aktuellen geopolitischen Lage nicht vor – sondern weltweite Krisenherde sowie vielfältige Konflikte zwischen und in den EU-Mitgliedsstaaten. Doch die EUGS muss – so die Lehre, die Tocci zieht – wie die ESS den Zeitgeist aufgreifen, um erfolgreich ihren politischen Zweck zu erfüllen: nämlich ein gemeinsames außenpolitisches Handeln der EU.

Auf Basis dieser Analyse, die erste Phase des Entstehungsprozesses der Strategie, soll anschließend eine konzise Strategie geschaffen werden. Innovativ ist dabei die von Mogherini und Tocci bewusst (im Vergleich zur ESS) breiter angelegte Konsultation externer Akteure in jener zweiten Phase: Nicht nur Think Tanks, internationale Organisationen sowie staatliche Vertreter wurden einbezogen, sondern auch Gewerkschaften, die Katholischen Kirche und Studenten, die über verschiedene Kanäle (z. B. studentischer Aufsatzwettbewerb) Einfluss nehmen konnten. Am wesentlichsten geprägt ist die Strategie aber durch die Konsultationen mit den Mitgliedsstaaten und den Institutionen der EU (was jedoch weniger überraschend ist). Der Abschluss des Prozesses stand im Schatten des »Brexit«-Referendums. Mogherini präsentierte die Strategie nach Absprache mit Tocci aber dennoch nur fünf Tage nach dem wohl schwersten Einschnitt in die eu-

ropäische Integrationsgeschichte – um trotz aller Differenzen Einigkeit zu demonstrieren.

»Und sie bewegt sich doch!« könnte der Leitsatz für Toccis anschließenden Schilderungen der Inhalte der EUGS sein. Die Autorin macht deutlich, dass sich die EU nicht mehr (wie noch zu Zeiten der ESS) in eurozentrischer Manier um sich selbst drehen soll, sondern ein reflektiertes sowie pragmatisches Handeln angestrebt wird. Basierend auf der Wechselbeziehung zwischen Werten *und* Interessen der EU (bisher wurden lediglich deren Werte festgelegt), prägen vier Prinzipien (Engagement, Verantwortung, Einheit und Partnerschaft) die EUGS. Kern der Strategie sind die fünf Prioritäten: die Sicherheit der Union, die Resilienz der umliegenden Staaten, ein integrierter Ansatz zur Krisen- und Konfliktbewältigung, eine kooperative regionale Ordnung sowie Global Governance.

Die Rezessentin möchte den angestrebten Pragmatismus beispielhaft durch die Resilienz darstellen: die Stabilität und Widerstandsfähigkeit der Regionen, die die EU umgebenen, wird zwar nach wie vor angestrebt. Allerdings nicht mehr durch das Aufbürden des *Aquis Communautaire* der Union (wie z. B. bei der Europäische Nachbarschaftspolitik), sondern durch eine individuelle Zusammenarbeit mit den Staaten. Für die Umsetzung der Strategie werden verschiedene Maßnahmen von Tocci diskutiert, wobei die sogenannten »contact groups« herausstechen: der erfolgreiche Zusammenschluss von einzelnen EU-Mitgliedsstaaten (wie z. B. beim E3+3-Format respektive P5+1, das die Verhandlungen mit dem Iran geführt hat) soll künftig einen offiziellen Rahmen erhalten, um sich einem gemeinschaftlichen, aber gleichzeitig pragmatischen außenpolitischen Handeln zu nähern.

Das letzte Kapitel wird seinem Anspruch (»What next after a Strategy«) nur bedingt gerecht: Tocci müht sich zunächst von den medialen und wissenschaftlichen Reaktionen auf die EUGS (dessen Mehrwert für das Kapitel nicht ersichtlich wird) hin zum Versuch einer Darstellung über die zukünftige Implementierung der Strategie; bleibt dabei aber inhaltlich vage und unstrukturiert. Auch die im Anschluss aufgeworfene Frage, ob sich die EU hin zu einer Sicherheits- und Verteidigungsunion entwickelt, lässt vergeblich auf eine vielversprechende Diskussion hoffen. Tocci zieht abgegriffene Argumente her-

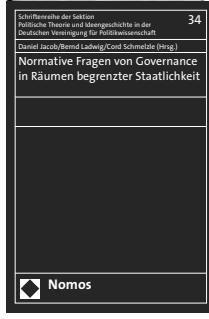
an, nur die zukünftige Rolle der Kommission schafft einen relevanten Ausblick: bisher in Sicherheits- und Verteidigungsfragen zurückhaltend, soll diese nun umfassend einbezogen werden (z. B. Kommissare für Migration, Klima oder Menschenrechte), was Mogherini durch ihren »Kommissions-Hut« forcieren möchte. Das Kapitel schließt mit einem (unnötig) sentimentalen Blick auf die schwierige Zukunft der EU.

Doch ungeachtet dessen: Nathalie Tocci ist ein unkonventioneller aber stringenter Beitrag zur

EU-Literatur gelungen, dem man eine große Leidenschaft wünscht. Persönliche (und bisweilen amüsante) Anekdoten der Autorin erleichtern den Zugang zur Materie. Dies und sein überschaubarer Umfang lassen hoffen, dass das Buch über das wissenschaftliche Publikum hinaus auch eine größere Zahl interessierter »Laien« erreichen wird.

Michaela Korsch

Welche Probleme entstehen, wenn Staaten zerfallen?



Normative Fragen von Governance in Räumen begrenzter Staatlichkeit

Herausgegeben von Dr. Daniel Jacob,
Prof. Dr. Bernd Ladwig und Dr. Cord Schmelze

2017, 343 S., brosch., 64,- €

ISBN 978-3-8487-4540-1

eISBN 978-3-8452-8793-5

(Schriftenreihe der Sektion Politische Theorie und Ideengeschichte der Deutschen Vereinigung für Politikwissenschaft, Bd. 34)

nomos-shop.de/30737

Der Staat, wie wir ihn zu kennen glauben, ist geschichtlich und gegenwärtig die Ausnahme. Doch auch in Räumen „begrenzter Staatlichkeit“ wird regiert, häufig unter Beteiligung privater Akteure und internationaler Organisationen. Der Band untersucht, wie unter diesen Bedingungen gutes und legitimes Regieren möglich ist.



Unser Wissenschaftsprogramm ist auch online verfügbar unter: www.nomos-elibrary.de

Bestellen Sie jetzt telefonisch unter (+49)7221/2104-37.

Portofreie Buch-Bestellungen unter www.nomos-shop.de

Alle Preise inkl. Mehrwertsteuer



Nomos